

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Gutachten

*Stadtgemeinde Enns*

*Bericht*

**Auskünfte**

Oberösterreichischer Landesrechnungshof

A-4020 Linz, Promenade 31

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-214089

E-mail: [post@lrh-ooe.at](mailto:post@lrh-ooe.at)

**Impressum**

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof  
A-4020 Linz, Promenade 31

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof  
Herausgegeben: Linz, im März 2009

## Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzfassung</b>	<b>1</b>
<b>Strukturelle Entwicklung</b>	<b>4</b>
<b>Organisation</b>	<b>4</b>
<b>Personalstand und Dienstposten</b>	<b>4</b>
Personalausgaben	4
<b>Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung</b>	<b>5</b>
<b>Aufbauorganisation des Stadtamtes (Kernverwaltung)</b>	<b>6</b>
<b>Organisations- und Qualitätsanalyse</b>	<b>8</b>
Führungsarbeit	8
Strategie und Planung	9
Personalmanagement	9
Externe Partnerschaften und Ressourcen	9
Prozess- und Veränderungsmanagement	10
Bürgerorientierte Resultate	10
Mitarbeiterzufriedenheit	10
Auswirkungen auf die Gesellschaft	11
Leistungsergebnisse der Organisation	11
<b>Haushalts- und Finanzsituation</b>	<b>12</b>
<b>Haushaltsergebnisse</b>	<b>12</b>
<b>Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung</b>	<b>13</b>
<b>Laufende Gebarung</b>	<b>14</b>
Öffentliches Sparen	14
Freie Finanzspitze	16
<b>Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)</b>	<b>17</b>
<b>Finanztransaktionen</b>	<b>17</b>
<b>Mittelfristige Finanzplanung 2008 -2011</b>	<b>17</b>
<b>Verschuldung</b>	<b>18</b>
Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten	18
Geldverkehr auf Girokonten	18
<b>Rücklagen</b>	<b>19</b>
<b>Maastricht</b>	<b>19</b>

---

<b>Außerordentliche Vorhaben</b>	<b>20</b>
<b>Überblick</b>	<b>20</b>
<b>Saunaanlage</b>	<b>20</b>
Allgemeines	20
Kosten und Finanzierung	20
Planung und Bauleitung	21
<b>Hallenbad</b>	<b>21</b>
<b>Lorcherbrücke</b>	<b>21</b>
Allgemeines	21
Kosten und Finanzierung	21
<b>Straßenbaumaßnahmen</b>	<b>22</b>
<b>Sonstige Feststellungen</b>	<b>22</b>
<b>Förderungen</b>	<b>22</b>
Stadtmarketing und Tourismusförderung	22
Wirtschaftsförderung	23
<b>Gemeindeeigene Wohnhäuser</b>	<b>23</b>
<b>Stadtbetriebe Enns GmbH</b>	<b>24</b>
<b>Stadthalle und Sporthalle</b>	<b>25</b>
<b>Parkraumbewirtschaftung</b>	<b>25</b>
<b>Citytaxi</b>	<b>26</b>
<b>Freibad</b>	<b>26</b>
<b>Bauhof und Wasserwerk</b>	<b>27</b>
<b>Museum Lauriacum</b>	<b>27</b>
<b>Inventar- und Vermögensverwaltung</b>	<b>28</b>

## Abkürzungsverzeichnis / Glossar

<b>Begriff</b>	<b>Erklärung</b>
A	
ABA	Abwasserbeseitigungsanlage
AfA	Abschreibung für Abnutzung
ao. H.	außerordentlicher Haushalt
B	
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft
BVerG	Bundesvergabegesetz
BZ	Bedarfszuweisungen
C	
CAF	Common assessment framework; gemeinsames europäisches Qualitätsbewertungssystem
Città Slow	Internationale Vereinigung der Lebenswerten Städte
F	
FF	Freiwillige Feuerwehr
G	
GR	Gemeinderat
GemHKRO	Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung
I	
IB	Interessentenbeiträge
K	
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KTZ	Kapitaltransferzahlungen
KZ	Kennziffer laut Rechnungsquerschnitt
L	
LGBI.	Landesgesetzblatt
LRH	Landesrechnungshof
LRHG	Landesrechnungshofgesetz
M	
MA	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
MFP	Mittelfristige Finanzplanung

---

N	
NVA	Nachtragsvoranschlag
O	
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
o. H.	ordentlicher Haushalt
OÖVV	Oberösterreichischer Verkehrsverbund
P	
PE	Personaleinheit
R	
RA	Rechnungsabschluss
RHV	Reinhalteverband
ROG	Raumordnungsgesetz
RQ	Rechnungsquerschnitt
S	
SBE	Stadtbetriebe Enns GmbH
SHV	Sozialhilfeverband
T	
TSE	Tourismus & Stadtmarketing Enns GmbH
TV	Tourismusverband
TZ	Transferzahlungen
U	
USt.	Umsatzsteuer
V	
VA	Voranschlag
VPI	Verbraucherpreisindex
W	
WG	Wohnungsgesellschaft(-en)
WVA	Wasserversorgungsanlage

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 28.10.2008 bis 10.12.2008 (mit Unterbrechungen) über Ersuchen der zuständigen Gemeindereferenten Landesrat Josef Ackerl und Landesrat Dr. Josef Stockinger vom 28.1.2008 ein Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 idgF über die Gebarung der Stadtgemeinde Enns, politischer Bezirk Linz-Land, erstellt.

Schwerpunkte des Gutachtens waren die Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung und die Haushaltsführung insbesondere in Bezug auf den Mitteleinsatz für Wirtschaftsförderungen und Maßnahmen des Fremdenverkehrs. Weiters wurden die Verwaltung der Wohngebäude, die Effizienz des City Taxis, der Stadthalle und Sporthalle sowie der Gesellschafterzuschüsse an die Stadtbetriebe Enns GmbH untersucht.

Ziele des Gutachtens waren die Beurteilung der Haushaltsentwicklung, Haushaltsführung, Verschuldung und Vermögensrechnung. Weiters wurde die Effektivität und Effizienz des Mitteleinsatzes für Maßnahmen des Fremdenverkehrs und der Wirtschaft sowie der Aufbau- und Ablauforganisation beurteilt.

Die finanzielle Entwicklung des Gesamthaushaltes wurde auf Basis der Rechnungsquerschnitte im Zeitablauf 2005 – 2007 aufgearbeitet und in Beziehung gestellt. Bei Bedarf wurden Ergebnisse aus Vorjahren und Prognosewerte für die Zukunft aus der mittelfristigen Finanzplanung in die Finanzanalyse miteinbezogen.

Zur Beurteilung der Gebarungsführung war es notwendig, neben finanzwirtschaftlichen Aspekten auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Josef Binder als Prüfungsleiter, Hubert Eschlböck und Viktor Lang zusammen.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 9. März 2009 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), *die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck)* sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Im Regelfall wurden Beträge kaufmännisch gerundet.

## KURZFASSUNG

- (1) Enns (11.100 EW) ist die älteste Stadt Österreichs mit zahlreichen historischen Stätten. Sie verfügt über ein großes Angebot im Kultur-, Schul- und Sportbereich und ist eine beliebte Wohngemeinde mit entsprechendem Bevölkerungszuwachs. Auch als Industriestandort hat sich Enns durch den Donauhafen gut etabliert.
- (2) Durch Einkaufsmärkte am Stadtrand und in der Region verlor das Geschäftsleben im Zentrum an Attraktivität. Deshalb bemühte sich die Stadt seit Jahren, den Tourismus zu forcieren und das Zentrum neu zu beleben. Unter Einbindung des Tourismusverbandes beauftragte sie eine Beratungsagentur mit der Erstellung eines Stadtmarketingkonzeptes im Sinne der „Citta – Slow – Bewegung“. Im Jahr 2007 gründete sie die Tourismus- und Stadtmarketing GmbH (TSE), wodurch sie bereits erste Erfolge in ihren Bestrebungen erreichte. Auch bei der Förderung der Wirtschaft war sie durch bessere Förderrichtlinien zunehmend erfolgreich.
- (3) Aufgrund einer Konsolidierung des Haushaltes konnte Enns in den letzten Jahren den ordentlichen (o. H.) und außerordentlichen Haushalt (ao. H.) ausgleichen. Das Haushaltsvolumen betrug im o. H. 23,52 Mio. Euro und im ao. H. 4,01 Mio. Euro. Die gute Haushaltssituation des Jahres 2007 machte es möglich, aus Interessentenbeiträgen und Betriebsüberschüssen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung neue Rücklagen von 2,12 Mio. Euro zu bilden. Für 2008 erwartet die Stadt im o. H. ein Überschuss von 711.000 Euro und rechnet auch 2009 und 2010 mit positiven Ergebnissen.  
Nach Ansicht des LRH trugen die Interessentenbeiträge und Betriebsüberschüsse der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung maßgeblich zur positiven Entwicklung der Gebarungssituation bei. Der Saldo der laufenden Gebarung laut Rechnungsquerschnitt (RQ) ergab 2007 eine öffentliche Sparquote von 15,8 %. Diese wird sich in den Folgejahren schrittweise auf ca. 9 % reduzieren. Wenngleich der LRH im Wesentlichen eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung feststellte, regte er Effizienz steigernde Maßnahmen beim Citytaxi, den gemeindeeigenen Wohngebäuden und der Parkraumbewirtschaftung an.
- (4) Die Verschuldung der Stadt aus Darlehensverpflichtungen ist gering und resultiert fast ausschließlich aus Förderungsdarlehen für Wasser- und Kanalbauten. Der Stand an Darlehen ging im Zeitraum 2005 bis 2007 um 206.000 Euro auf 11,59 Mio. Euro zurück. Dazu kommen noch Leasingverpflichtungen und ausgelagerte Schulden von ca. 2,67 Mio. Euro.
- (5) Die Investitionen im ao. Haushalt beliefen sich 2005 bis 2007 auf 9,89 Mio. Euro, die zu 50 % aus Rücklagen, 39 % Zuschussmitteln und 11 % Fremdmitteln bedeckt wurden. Der LRH bemerkte, dass die Stadt ihre ao. Vorhaben zu einem hohen Teil mit zweckgebundenen Rücklagen aus der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung finanzierte. Er empfiehlt daher, künftighin auf die widmungsgemäße Verwendung der Rücklagen zu achten.
- (6) Die Stadt wird engagiert und bürgerfreundlich verwaltet. Die Dienstposten der Kernverwaltung sind sparsam besetzt. Allerdings ist die Organisationsstruktur nicht aufgabenorientiert, sondern nach personellen Gegebenheiten angepasst. Die Aufbauorganisation ist derzeit in drei Geschäftsgruppen, fünf Abteilungen und eine abteilungähnliche Organisationseinheit gegliedert. Diese Struktur ist nach Ansicht des LRH nicht optimal für eine effiziente Leistungserbringung geeignet. Er empfiehlt, die Aufbauorganisation zu überdenken und die Hierarchieebenen mittel- bis langfristig abzuflachen. Für eine



zukunftsorientierte Ausrichtung der Verwaltung regte der LRH eine ganzheitliche Verwaltungsmodernisierung an. Er empfiehlt, eine Aufgabenkritik unter Einbindung der Politik vorzunehmen und die Geschäftsprozesse laufend zu optimieren.

- (7) Die Personalausgaben (ohne Pensionen) 2006 betragen 4,78 Mio. Euro und stiegen 2007 auf 5,0 Mio. Euro. Der Personalkostenanteil 2007 lag bei 24,8 % der laufenden Ausgaben des RQ bzw. 21,2 % der ordentlichen Ausgaben. In Anbetracht der personalkostenintensiven Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der hohen Altersstruktur in einzelnen Organisationseinheiten ist dieser Anteil vertretbar. Nach Ansicht des LRH kann die Stadt mittelfristig Personalausgaben sparen, indem sie den Personaleinsatz beim Bauhof und Wasserwerk aufgabenkritisch prüft und den Bedarf an Nachbesetzungen kostenbewusst hinterfragt.
- (8) Für den Kauf der Sporthalle von der Bundesimmobiliengesellschaft gründete die Stadt die Stadtbetriebe Enns GmbH (SBE). Seither nutzte sie diese Gesellschaft auch für das Stadtmarketing und zur Steuer schonenden Realisierung von Vorhaben wie zB den Neubau einer Sauna. Die Stadtgemeinde leistete von 2005 bis 2007 an die SBE Gesellschaftszuschüsse von 290.000 Euro zur Bedeckung der Verluste aus dem Betrieb der Sporthalle und der Maßnahmen im Rahmen des Stadtmarketings. Dennoch verblieb 2007 ein Bilanzverlust von 535.500 Euro. Für den Saunaneubau zahlte die Stadt 2007 einen Investitionszuschuss von 500.000 Euro, den die Gesellschaft zur Schuldentrückzahlung verwendete. Für den LRH waren die Geldflüsse zur Gesellschaft und der Finanzierungsbedarf der SBE nachvollziehbar. Die Gesellschaft ermöglicht der Stadt den Vorsteuerabzug bei der Realisierung von Projekten. Der LRH empfiehlt zu prüfen, ob es zweckmäßig wäre, weitere Mittel aus Rücklagen in Form von Gesellschafterdarlehen oder –zuschüssen zur vorzeitigen Rückzahlung des Bankdarlehens für den Saunabau zu gewähren.
- (9) Zusammenfassend sah der LRH folgenden Handlungsbedarf:

#### **Zur Organisationsentwicklung**

- Die Verwaltung verstärkt ziel- und wirkungsorientiert ausrichten (siehe Pkt. 4.2.).
- Die Organisationsstruktur neu überdenken und die Hierarchieebenen mittel- bis langfristig abflachen (siehe Pkt. 5.2.).
- Personalentwicklungs- bzw. Weiterbildungskonzept erstellen und vermehrt persönlichkeitsbildende Schulungen anbieten und die Inanspruchnahme auch einzufordern (siehe Pkt. 10.2.).
- Organisationskultur verbessern, das Führen mit Zielen forcieren und Aufgaben verstärkt delegieren (siehe Pkte. 4.1., 8.2.).
- Gründe für die Arbeitsüberlastung in der Hauptverwaltung und Finanzabteilung hinterfragen, Schnittstellen definieren und Geschäftsprozesse optimieren. Fach- u. Ressourcenverantwortung zusammenführen (siehe Pkt. 5.2.).

### **Zur Haushaltskonsolidierung**

- Parkraumbewirtschaftung durch Ausdehnung gebührenpflichtiger Flächen optimieren und jährlich Mehreinnahmen von ca. 50.000 Euro erzielen (siehe Pkt. 44.2.).
- Badetarife erhöhen und Verbesserungsmaßnahmen im Betrieb des Bades realisieren und dadurch den Haushalt jährlich um mindestens 10.000 Euro entlasten (siehe Pkt.46.2.).
- Im Bauhof und Wasserwerk eine Aufgabenkritik vornehmen, die Ablaufprozesse analysieren und den Bedarf für Nachbesetzungen kritisch prüfen (siehe Pkt. 47.2.).
- Bei ao. Straßenbauten und Instandsetzungen (2007: 1,5 Mio. Euro) Einsparungen durch den Einsatz von Bauhofarbeitern prüfen (siehe Pkt. 37.2.).
- Ziviltechnikerleistungen nach den Vergaberichtlinien ausschreiben (siehe Pkt. 33.2.).

## Strukturelle Entwicklung

- 1.1. Enns ist die älteste Stadt Österreichs und hat 11.100 Einwohner. Die Stadt ist verkehrstechnisch am Straßennetz und auch am Wasserwege sehr gut erreichbar. Enns stellt mit dem Donauhafen und 586 Gewerbetreibenden eine Industriegemeinde dar. Als erste Stadt Österreichs trägt sie das Prädikat „Città Slow“ für die Innovationen zur urbanen Lebensqualität und für das Natur bewahrende Stadtbild. Ziel der Stadt ist, die Altstadt durch Marketing zu beleben und den durch Einkaufszentren verursachten Kaufkraftabfluss zu stoppen. Weiters möchte sie ihr kulturelles Angebot in Hinblick auf die 2012 heran stehende 800 – Jahr – Feier ausbauen und dabei das Römermuseum Lauriacum noch bekannter machen.
- 1.2. Der LRH anerkannte das Engagement der Gemeindevertretung und –verwaltung für die Nachhaltigkeit bei der Stadtentwicklung und der Umwelt.

## Organisation

### Personalstand und Dienstposten

- 2.1. Von 2005 bis 2007 stieg der Personalstand von 153 Bedienstete (125,46 PE) auf 160 (130,46 PE). Die Erhöhung des Personalstandes ergab sich im Kindergarten und Hort. Auch in der Kernverwaltung wurde um drei Vollzeitbeschäftigte aufgestockt.  
Das Personal verteilte sich 2007 auf folgende Bereiche:
 

Kernverwaltung	42 Bedienstete / 38,78 PE
Schulen	3 Bedienstete / 3,00 PE
Kindergarten, Hort, Schulhelferin, KG-Begleitung	34 Bedienstete / 24,8 PE
Bauhof	28 Bedienstete / 28,00 PE
Sport- u. Stadthalle, Friedhof, Freibad, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	14 Bedienstete / 12,88 PE
Reinigungskräfte	39 Bedienstete / 23,00 PE

 Die Personalsituation war von einer geringen Personalfluktuation und wenigen Krankenständen geprägt.
- 2.2. Nach Meinung des LRH ist der Personalstand in der Verwaltung angemessen. Im handwerklichen Bereich, insbesondere Bauhof und Wasserwerk, sollte die Stadt den Bedarf an Dienstposten in Hinkunft kritischer prüfen.

### Personalausgaben

- 3.1. Die Personalausgaben (ohne Pensionen) betragen 2006 insgesamt 4,78 Mio. Euro und stiegen 2007 auf 5,0 Mio. Euro. Der Personalkostenanteil 2007 lag bei 24,8 % der laufenden Ausgaben des RQ bzw. 21,2 % der ordentlichen Ausgaben.

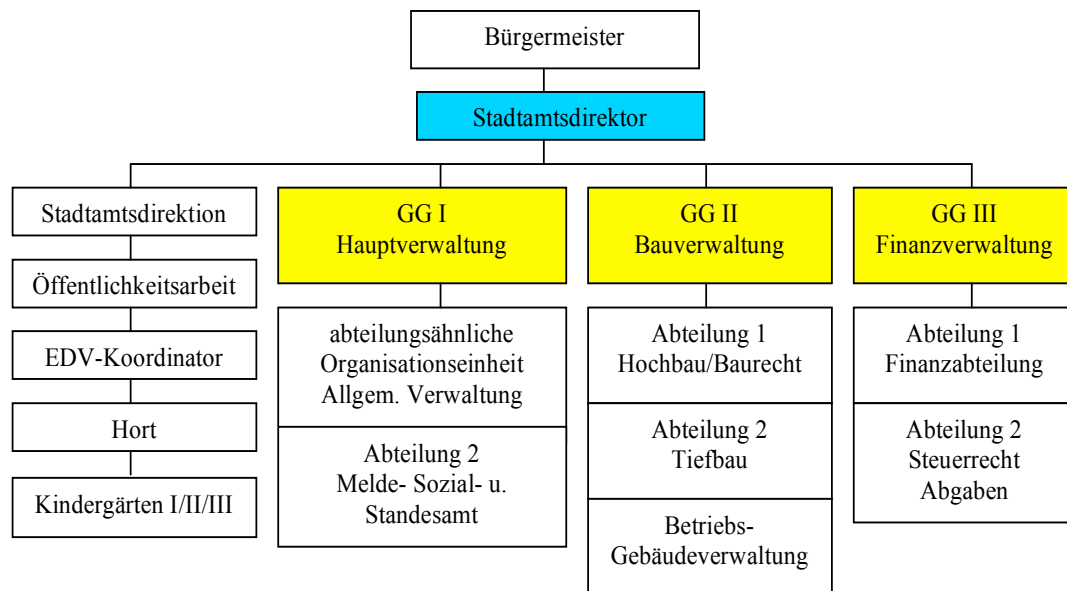
- 3.2. In Anbetracht der personalkostenintensiven Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der hohen Altersstruktur in einzelnen Organisationseinheiten war dieser Anteil vertretbar. Nach Ansicht des LRH kann die Stadt mittelfristig Personalausgaben sparen, indem sie den Personaleinsatz beim Bauhof und Wasserwerk aufgaben- und kostenbewusst prüft und Nachbesetzungen hinterfragt (siehe Pkt. 47.2.).

### **Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung**

- 4.1. Die konzeptionellen Grundlagen von New Public Management (NPM), auch als „wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ bezeichnet, gelten als Maßstab für eine qualitätsvolle öffentliche Verwaltung. Als Lösungsansätze für eine grundlegende Erneuerung der öffentlichen Verwaltung gelten auch der Kriterienraster des Common assessment framework (europäisches Qualitätsbewertungssystem) und die Elemente der Public Governance („politische Steuerung“).
- 4.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Verwaltung bemüht war, eine ziel- und wirkungsorientierte Verwaltungsführung nach den Grundsätzen des NPM aufzubauen und teilweise damit auch vertraut war. Er merkte positiv an, dass einige Elemente wie Bürger- und Kundenorientierung gut ausgeprägt waren. Der LRH empfahl jedoch, die Verwaltung verstärkt in einem kontinuierlichen Prozess der Wirkungs- und Qualitätsorientierung zielgerichtet auszurichten, eine zukunftsorientierte Aufgabekritik vorzunehmen, ihre Geschäftsprozesse danach auszurichten und diese laufend zu optimieren. Die Politik sollte die Verwaltungsmodernisierung mitgestalten, indem der Bürgermeister, der Stadtrat und allenfalls externe Berater an der Strategieentwicklung und an Leitprojekten mitwirken.

## Aufbauorganisation des Stadtamtes (Kernverwaltung)

5.1. Die Stadtverwaltung gliedert sich wie folgt in drei Geschäftsgruppen:



Den Geschäftsgruppenleitern der Finanz- und Bauverwaltung (GG II und III) waren jeweils zwei Abteilungen, der Hauptverwaltung eine Abteilung und eine abteilungsähnliche Organisationseinheit (allgemeine Verwaltung) unterstellt. Der Geschäftsgruppenleiter der Geschäftsgruppe Bauverwaltung war auch gleichzeitig mit der Funktion eines Abteilungsleiters betraut. Die Bediensteten der Abteilung 1 der Geschäftsgruppe Finanzverwaltung wurden vom Leiter des Personalwesens geführt, der mit Ausnahme der Veranschlagung der Personalkosten keinen Bezug zum Finanzwesen hatte. Die eigenverantwortliche Funktion des Hauptbuchhalters war nicht definiert. Dadurch ergab sich für den Geschäftsgruppenleiter zur Erledigung seiner Kernaufgaben zeitweise eine Arbeitsüberlastung. Für das Controlling und die KLR ist in der Finanzabteilung ein Bediensteter integriert. Auch in der Geschäftsgruppenleitung der Hauptverwaltung waren durch Fehlen einer Führungskraft für die abteilungsähnliche Organisationseinheit und ständig steigender Aufgabenanforderungen Führungsdefizite erkennbar.

5.2. Der LRH stellte fest, dass die Aufgabenverteilung vorwiegend nach personellen Gegebenheiten ausgerichtet ist. Nach Meinung des LRH ist die Aufbauorganisation mit Geschäftsgruppen und Abteilungen nicht optimal zur effizienten Leistungserbringung geeignet. Er empfahl, ausgehend von den Anforderungen effizienter Prozessabläufe und einer Kostendämpfung in der Leistungserstellung, die Organisationsstruktur zu überdenken und diese mittel- bis langfristig auf drei bis vier Abteilungen ohne Geschäftsgruppen zu beschränken. Die Verwaltung sollte aufgabenorientiert organisiert, nach Aufgabengruppen strukturiert und die Aufgabenbereiche den Bediensteten zugewiesen werden. Auf eine schlanke Verwaltung sowie flache Hierarchie sollte Bedacht genommen werden. Der LRH regte an, die Haupt- und Finanzverwaltung einer Aufgaben- und vor allem Prozessanalyse zu unterziehen, um den optimalen Personaleinsatz

und -bedarf festzustellen. Die Schnittstellen zwischen den einzelnen Organisationseinheiten wären zu definieren. Die Fach- und Ressourcenverantwortung soll möglichst bei den Ausführenden liegen. Zur Bewältigung von Service- und Hilfsaufgaben wären Stabstellen für Bürgermeister und Stadtamtsdirektor (Sekretariat, Personalangelegenheiten, Informationstechnik, Controlling) einzurichten. Der Informationsfluss über die Ergebnisse aus der Tätigkeit des Controllers zu den Führungskräften sollte verbessert werden.

- 5.3. *Die Feststellung bzw. Meinung des Landesrechnungshofes „die Aufbauorganisation mit Geschäftsgruppen und Abteilungen ist nicht optimal zu effizienten Leistungserbringung geeignet“ ist für die Stadtgemeinde aufgrund der fehlenden Begründung im Rechnungshofbericht nicht nachvollziehbar und konnte auch in den einzelnen Prüfgesprächen die Mangelhaftigkeit einer derartigen Aufbauorganisation nicht wirklich kommuniziert werden. Faktum ist, dass landesrechtliche Bestimmungen eine entsprechende Aufbauorganisation vorsehen und von der Stadtgemeinde Enns auch umgesetzt wurden. Seitens der zuständigen Landesabteilung wird die Einhaltung des Organisationsaufbaues insofern auch gefordert, als die für unsere Organisation möglichen Dienstposteneinstufungen (z.B. Gruppenleiter, Abteilungsleiter) nur bei Erfüllung der gesetzlichen bzw. verordnungsmäßigen Vorgaben genehmigt werden. Angeregt wird, dass vor allem die sehr starren vorgegebenen Organisationsregelungen seitens des Landes Oberösterreichs beseitigt werden und den einzelnen Gebietskörperschaften mehr Freiraum in der Entwicklung der eigenen Organisationsstrukturen gegeben wird.*
- 5.4. Auch der LRH hält eigenverantwortliches Handeln in organisatorischen Belangen der Stadtverwaltung für wichtig. Aus Sicht des LRH bedingt die derzeitige Aufbauorganisation mit drei Geschäftsgruppen und mehreren Abteilungen relativ lange Entscheidungswege und zahlreiche Schnittstellen an denen lt. eigenen Angaben aus den Interviews teilweise Informationen verloren gingen. Aus diesem Grund meint der LRH, dass die derzeitige Organisationsform für eine optimale Leistungserbringung nicht am besten geeignet ist und schlägt vor, die Hierarchien abzuflachen. Dabei geht es dem LRH nicht um besoldungsmäßige Schlechterstellungen des Personals, sondern ausschließlich um eine effektive und effiziente Organisation. Die Stadt sollte sich daher mit einer Verbesserung ihrer Organisationsstrukturen und den Abläufen auseinandersetzen. Sie sollte u. a. ein Konzept mit der notwendigen Anzahl an Abteilungen erstellen und hinsichtlich der Struktur und der damit verbundenen Erfordernisse möglichst das Einvernehmen mit der Direktion für Inneres und Kommunales herstellen.
- 6.1. Die hierarchische Organisation zeigte, dass die Führungsebenen auch in wenig Wert schöpfenden Entscheidungs- und Ausführungsprozessen und die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in eine lange Bearbeitungskette eingebunden waren.
- 6.2. Der LRH empfahl, Arbeitsprozesse zu optimieren und die Fach- und Ressourcenverantwortung zusammenzuführen. Er hielt weiteres Delegieren der Bestell- und Unterschriftenbefugnis an Führungskräfte und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in genau festzulegenden Fällen überlegenswert.

## Organisations- und Qualitätsanalyse

- 7.1. Im Rahmen der Organisations- und Qualitätsanalyse führte der LRH sechs Interviews mit Führungs- und Schlüsselarbeitskräften in Anlehnung an die neun Themenfelder des CAF<sup>1</sup>. Das Selbstbewertungssystem des CAF mit bestimmten Kriterien und Leistungsmerkmalen ermöglicht öffentlichen Verwaltungen der Europäischen Union auf standardisierte und vergleichbare Weise Analysen und Selbstbewertungen des erreichten Modernisierungsstandes. Die Ergebnisse aus den Interviews gaben dem LRH Hinweise auf den Stand der Umsetzung einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Außerdem erhob er im Zuge der Analyse bei sämtlichen Bediensteten der Verwaltung die Mitarbeiterzufriedenheit bzw. das Betriebsklima durch eine anonyme, standardisierte Befragung mittels Fragebogen. Die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen aus den Interviews und der Mitarbeiterbefragung fasste er unter den Punkten 8 bis 16 zusammen.
- 7.2. Der LRH regte an, die Stadtverwaltung nach den Qualitätskriterien des CAF auszurichten. In Ergänzung zu der vom LRH durchgeführten Analyse empfahl er der Stadtverwaltung ihre Aktivitäten und Leistungen nach den Kriterien des CAF selbst einzuschätzen.

## Führungsarbeit

- 8.1. Führungskräfte sollten ihr Engagement erkennen lassen. Sie müssen Interessensgruppen genau kennen und ein Gleichgewicht zwischen Bedarfen und politischen Vorgaben herstellen können. Die Führungskräfte der Kernverwaltung sind der Bürgermeister, der Stadtdirektor, die Geschäftsgruppenleiter und die Abteilungsleiter. Die Geschäftsgruppenleiter leisten in strategischen Bereichen zwar Führungsarbeiten, übernehmen aber vor allem in der Haupt- und Finanzverwaltung auch operative Tätigkeiten, die von nachgeordneten Bediensteten auszuführen wären. Dies führte zu Arbeitsüberlastungen. Die Abteilungsleiter vollzogen großteils besonders qualifizierte Sachbearbeitertätigkeiten.
- 8.2. Der LRH anerkannte die Bemühungen des Bürgermeisters und der Führungskräfte um eine gute, engagierte und bürgerfreundliche Verwaltungsführung. In Ergänzung zur bisherigen Führungsarbeit empfahl der LRH Folgendes:
  - Umsetzungsstrategien zur Verwaltungsmodernisierung nach den Grundsätzen des NPM vor allem im Bereich der Organisations- und Personalentwicklung erarbeiten und festlegen.
  - Führungskräfte verstärkt zur Mitarbeiterführung aufbauen und Führen mit Zielen forcieren.
  - Das jährliche Mitarbeitergespräch als Führungsinstrument einführen. Dabei sollte über das abgelaufene Jahr Rückschau gehalten und den MA Feedback gegeben werden. Als Ergebnis des Mitarbeitergespräches wären spezifische Ziele in Abstimmung mit den Organisationszielen zu vereinbaren und zu dokumentieren.
  - Geschäftsgruppen- und Abteilungsleiter sollten die Sachbearbeitertätigkeiten mehr delegieren.
  - Informationsweitergabe als Hol- und Bringschuld weiterhin verbessern.

---

<sup>1</sup> Common assessment framework – ein gemeinsames europäisches Qualitätsbewertungssystem.



## Strategie und Planung

- 9.1. Strategie und Planung müssen sich mit der internen Kultur, dem Aufbau und den Geschäftsabläufen einer Organisation auseinandersetzen. Strategie, Planung und Prozesse sollen fortwährend überwacht werden, um festzustellen, ob sie als Ganzes wechselnden Rahmenbedingungen gerecht werden. Um die Ziele der Stadt zu erreichen gründete sie u. a. die Tourismus- und Stadtmarketing GmbH (TSE). Abteilungsübergreifende Projekte wurden teilweise in Form eines strukturierten Projektmanagements abgewickelt.
- 9.2. Der LRH hielt positiv fest, dass die Stadtgemeinde durch ihr Verwaltungshandeln die Ziele in infrastrukturellen und innerstädtischen Belangen (Ausbau und Förderung der Wirtschaft, Belebung der Innenstadt) erreichte. In der interkommunalen Beziehungspflege setzte sie im Rahmen der „Città Slow“ Bewegung innovative und wirkungsorientierte Ziele. Der LRH empfahl, auch für die Stadtverwaltung ein Leitbild zu erstellen und ihr positives Image weiter zu pflegen. Der LRH regte an, abteilungsübergreifende Projektarbeit zu forcieren.

## Personalmanagement

- 10.1. Das Themenfeld Personalmanagement hinterfragt, wie die Organisation Wissen und Potential der MA fördert und wie sie diese Aktivitäten plant, damit sie Politik und Strategie der Organisation unterstützt. Die Anforderungen an das Personal sind in keinen Stellenbeschreibungen definiert. Die Führungskräfte und MA besuchten 2005 bis 2007 durchwegs Fachausbildungen und wenige persönlichkeitsbildende Seminare.
- 10.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Stadtgemeinde die Aus- und Weiterbildung des Personals entsprechend fördert. Er empfahl aber der Amtsleitung, auf Basis von Zielvereinbarungsgesprächen ein strukturiertes Personalentwicklungs- und Weiterbildungskonzept für alle Bediensteten zu erstellen. Die Ausbildungsmaßnahmen sind bedarfsgerecht zu planen. Vorrangig sind Schulungen in den Bereichen Führung, Verwaltungs-, Qualitäts-, und Veränderungsmanagement. Weiters sollten Stellenbeschreibungen mit Stellenzielen erarbeitet werden. Dabei wären in den Stellenbeschreibungen für Führungskräfte vor allem auch Koordinierungs- und Strategietätigkeiten festzuhalten.

## Externe Partnerschaften und Ressourcen

- 11.1. Das wesentliche Ziel, externe Partnerschaften und Ressourcen aufzubauen, besteht grundsätzlich darin, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, sich Handlungsressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln oder aus eigener Kraft nicht erreichbar wären. Enns kooperiert bei ABA und WVA mit der Stadt Linz und einer Nachbargemeinde. Im Rahmen der „Città Slow“ ging sie auch internationale Kooperationen ein.
- 11.2. Der LRH anerkannte die bisherigen Kooperationen und empfahl, Kooperationsmöglichkeiten mit angrenzenden Gemeinden für ein effizienteres Beförderungsmittel als das Citytaxi zu prüfen (siehe Pkt. 45.2.).



## Prozess- und Veränderungsmanagement

- 12.1. Prozess- und Veränderungsmanagement befähigt eine Organisation, ihre Prozesse zu verbessern und weiter zu entwickeln, um ihre Kunden und andere Interessensgruppen zufrieden zu stellen und einen Mehrwert für sie zu generieren. Das Prozessdenken war in der Stadtverwaltung verstärkt erkennbar. Zur zielgerichteten Steuerung des Ressourceneinsatzes bei Leistungserstellung fehlt der Stadt eine Kosten- und Leistungsrechnung.
- 12.2. Dem LRH ist bewusst, dass das Prozessdenken noch einer entsprechenden Entwicklung bedarf. Er hielt es für wichtig, das Denken in Leistungen (Outputs) und Wirkungen (Outcomes) in der strategischen Arbeit des gesamten Führungsteams zu erweitern. In der Folge sollte die Verwaltung im Rahmen eines aktualisierten Produktkataloges beginnen, ihre Kernprozesse zur Erstellung der Produkte zu definieren und Kennzahlen entwickeln. Dies hilft, die Qualität der Leistungen zu erhalten und zu steigern.
- 12.3. *Die Stadtgemeinde Enns besitzt einen Produktkatalog der sicherlich in nächster Zeit wieder einmal evaluiert werden sollte. Zu diesem Punkt darf ebenfalls angeregt werden, dass seitens des Landes Oberösterreichs in Zusammenarbeit mit Gemeinde- bzw. Städtebund für die Gesamtheit der Gebietskörperschaft „Gemeinde“ ein einheitlicher Produktkatalog ausgearbeitet wird, in dem die sogenannten „Kernprodukte“ bereits definiert sind. Nach unserer Erfahrung könnten somit ca. 70 % der Leistungen (Produkte), die von jeder „Einheitsgemeinde“ erbracht werden, einheitlich be- bzw. umschrieben werden. Aufbauend auf diese Definition der Kernprodukte könnte letztendlich auch ein besser funktionierendes Benchmark System umgesetzt werden.*

## Bürgerorientierte Resultate

- 13.1. Für eine Verwaltung ist es bedeutsam, die Zufriedenheit ihrer Kunden im Hinblick auf Gesamteindruck der Organisation, Produkte und Dienstleistungen, Offenheit und Kundenorientierung zu messen. Eine auf die Gesamtorganisation abzielende Kundenbefragung gab es bisher nicht. Beschwerden von Seiten der Bevölkerung wurden individuell und bürgerfreundlich nachgegangen.
- 13.2. Der LRH hielt periodische Bürgerbefragungen, die auf einen Gesamteindruck der Organisation schließen lassen, für zielführend. Außerdem empfahl er, ein strukturiertes, standardisiertes Beschwerdemanagement.

## Mitarbeiterzufriedenheit

- 14.1. Die Mitarbeiterzufriedenheit beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Organisation. Im Rahmen der Organisationsanalyse erhielten 40 Verwaltungsbedienstete je einen standardisierten Fragebogen zur Erhebung des Betriebsklimas, wovon 39 anonym ausgefüllt retourniert wurden. Die zusammenfassenden Ergebnisse aller Fragen erhielt der Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 9. März 2009. Die wesentlichen Mitarbeiterergebnisse, die auf einen Gesamteindruck schließen lassen, sind in der Anlage 1 grafisch dargestellt. Als Resümee war Folgendes festzustellen:

- Die **Beziehungen zwischen den Bediensteten** wurden gut bewertet.
  - Die **Führung durch Vorgesetzte** beurteilten 56 % der Bediensteten mit gut und 13 % mit sehr gut. 21 % empfanden sie teils/teils. 10 % der Bediensteten waren nicht bzw. weniger zufrieden.
  - Die **Organisation** bewerteten 44 % der Bediensteten als teils/teils. 38 % sahen sie als gut und 10 % als sehr gut an. Als weniger bzw. nicht gut hielten sie 8 %.
  - Die **Information und Mitsprachemöglichkeiten** wurden überwiegend mit teils/teils eingeschätzt und die Information eher weniger gut empfunden.
  - Die **Interessensvertretung** sahen die Bediensteten unterschiedlich, tendenziell aber eher negativ.
  - Mit den **betrieblichen Leistungen für das Personal** waren etwa die Hälfte der Bediensteten zufrieden und 41 % beurteilten diese mit teils/teils. Nur wenige Bedienstete hielten diese für weniger gut.
- 14.2. Für den LRH weisen die Befragungsergebnisse weitgehend auf ein vorherrschend gutes Betriebsklima hin. Es ist wichtig dieses weiter zu pflegen und zu fördern. Das vom LRH festgestellte Verbesserungspotential im Bereich der Information und Mitsprache sollte die Verwaltungsführung aktiv bearbeiten. Die Entwicklung des Betriebsklimas sollte sie weiterhin beobachten und von Zeit zu Zeit mittels Fragebogen selbst messen.

#### Auswirkungen auf die Gesellschaft

- 15.1. Dieses Themenfeld beschäftigt sich mit der Frage, welche Ergebnisse die Organisation im Zusammenhang mit den Erwartungen und Bedürfnissen der Gemeinschaft erzielt. Es geht dabei auch um die Haltung der Organisation zu gesellschaftsrelevanten Fragen. Die Stadtgemeinde war bemüht, den Bedürfnissen der Bevölkerung im Sozial-, Kultur-, Schul- sowie Freizeit und Wirtschaftsbereich gerecht zu werden.
- 15.2. Der LRH anerkannte, dass durch das Handeln der Stadtgemeinde deutliche Impulse bereits für die Gegenwart aber auch Zukunft, in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen gesetzt wurden.

#### Leistungsergebnisse der Organisation

- 16.1. In diesem Bereich geht es um gemessene Leistungen und Wirkungen der Organisation bei der Erreichung von Zielen. Die Leistungsergebnisse geben Aufschluss darüber, wie die Organisation funktioniert und wie effektiv und effizient sie ihre Ressourcen einsetzt.
- 16.2. Der LRH merkte positiv an, dass für sämtliche Förderungen Richtlinien mit Zielvorgaben erstellt und zur Bemessung der Förderhöhe ein Punktesystem eingeführt wurden. Nach Meinung des LRH sollte die Stadtgemeinde die Messbarkeit ihrer sonstigen Leistungen forcieren.

## Haushalts- und Finanzsituation

### Haushaltsergebnisse

- 17.1. Die Stadtgemeinde konnte in den letzten Jahren den o. und ao. Haushalt stets ausgleichen. 2007 beliefen sich die Einnahmen und Ausgaben im o. H. auf 23,52 Mio. Euro und im ao. H. auf 4,01 Mio. Euro. Dabei war es möglich, aus dem o. H. Rücklagen von zusammen 2,12 Mio. Euro zu bilden. Diese Rücklagenzuführungen setzten sich überwiegend aus Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen (1,04 Mio. Euro) und Betriebsüberschüssen der WVA und ABA (1,03 Mio. Euro) zusammen. Trotz der Rücklagenbildungen profitierte der o. H. noch aus Betriebsüberschüssen der Abfallbeseitigung (163.600 Euro), ABA (534.500 Euro) und WVA (37.200 Euro).

Der ao. H. wurde überwiegend aus Rücklagen der WVA und ABA finanziert. Dadurch mussten keine Anteilsbeiträge aus dem o. H. geleistet werden.

Der **NVA 2008** ist im o. H. mit 24,97 Mio. Euro und im ao. H. mit 5,10 Mio. Euro ausgeglichen. Dabei wurden 509.000 Euro für Rücklagenbildungen zur Sanierung der Hauptschule und des Stadtamtes, für Wasser und Kanal sowie für Getränkesteuerrückzahlungen veranschlagt. Aus derzeitiger Sicht werden sich die Einnahmen aus Ertragsanteilen und Steuern und Abgaben weiter verbessern, sodass die Stadt 2008 einen Überschuss von 711.000 Euro erwartet.

Der im Rohentwurf vorliegende **Voranschlag 2009** war im o. H. mit 26,10 Mio. Euro und im ao. H. mit 1,63 Mio. Euro jeweils ausgeglichen. Infolge der weiteren positiven Entwicklung der Ertragsanteile und des gemeindeeigenen Steueraufkommens wird nach momentaner Sicht für den o. H. 2009 ein Überschuss von 624.000 Euro prognostiziert, welcher der allgemeinen Haushaltsrücklage zugeführt wird. Davon wurden 592.000 Euro zur Finanzierung ao. Vorhaben vorgesehen. **Für 2010** ist ein Überschuss von 462.000 Euro geplant, welcher ebenfalls der allg. Haushaltsrücklage zugeführt wird. Zur Finanzierung ao. Vorhaben werden davon 638.000 Euro verwendet.

- 17.2. Nach Ansicht des LRH wiesen die ausgeglichenen Gebarungsergebnisse auf eine gute Haushaltssituation hin. Dazu haben 2004 die Schließung des Hallenbades und die Auflassung der Sicherheitswache entscheidend beigetragen. Des Weiteren wirkten sich die Entwicklung der Finanzkraft, der IB sowie die Betriebsüberschüsse der WVA und ABA positiv auf die Gebarungssituation aus. Der LRH empfahl, hinsichtlich der Finanzierung des ao. Haushaltes die Vorhaben nach Prioritäten zu reihen und verbleibende überschüssige Mittel des o. H. zur teilweisen Rückzahlung des von den SBE aufgenommenen Darlehens zu verwenden.

Der LRH konnte der Stadtgemeinde eine wirtschaftliche und sparsame Gebarungsführung bescheinigen.

## Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

18.1. Der nach der VRV geforderte Querschnitt ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) nachgebildet und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte des o. H. und ao. H. gemeinsam dar. Er dient der Ermittlung des Maastricht-Ergebnisses, wobei auch die mittelfristige Finanzplanung auf der Querschnittsrechnung aufbaut. Nachstehende Tabelle (Beträge in Tausend Euro) zeigt die Rechnungsquerschnitte der Stadtgemeinde in verdichteter Form. Die Details dazu sind in der Anlage 2 zu entnehmen und werden unter Pkt. 18.1. bis 22.2. des Gutachtens näher beleuchtet.

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	06/07
		Summe o. + ao. H.			NVA	in %
	<b>Laufende Gebarung</b>					
19	Einnahmen	20.838,9	22.246,5	23.156,2	24.725,4	4,1%
29	Ausgaben	18.503,2	20.415,3	20.041,8	22.302,4	-1,8%
91	<i>Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung</i>	2.335,8	1.831,2	3.114,4	2.423,0	70,1%
	<b>Vermögensgebarung</b>					
39	Einnahmen	2.419,1	1.666,6	641,3	391,6	-61,5%
49	Ausgaben	2.948,9	3.944,4	4.366,4	5.855,9	10,7%
92	<i>Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung. o. Finanztransakt.</i>	-529,9	-2.277,8	-3.725,1	-5.464,3	-63,5%
	<b>Saldo 1 und Saldo 2</b>	<b>1.805,9</b>	<b>-446,6</b>	<b>-610,7</b>	<b>-1.328,6</b>	<b>-36,7%</b>
	<b>Finanztransaktionen</b>					
59	Einnahmen	2.186,2	2.363,6	3.730,6	4.948,2	57,8%
69	Ausgaben	3.942,1	1.916,9	3.119,9	1.906,9	62,8%
93	<i>Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen</i>	-1.755,9	446,6	610,7	3.041,3	36,7%
94	<i>Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o/aoH. u. ohne Abwicklungen</i>	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
82 - 86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>99</b>	<b>Administratives Jahresergebnis</b>	<b>50,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

18.2. Der LRH stellte im mehrjährigen Vergleich Folgendes fest:

- Das Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1 des RQ) verschlechterte sich von 2005 auf 2006 um 505.000 Euro und erhöhte sich 2007 um 1,28 Mio. Euro auf 3,11 Mio. Euro. 2008 wird eine weitere positive Entwicklung der Kommunalsteuer und der Ertragsanteile erwartet. Durch höhere Ausgaben für Personal, Verwaltungs- und Betriebsaufwand sowie für laufende TZ einerseits und Mindereinnahmen aus IB andererseits wird sich jedoch der Saldo der lfd. Gebarung auf 2,42 Mio. Euro vermindern.
- Das Ergebnis der Vermögensgebarung (Saldo 2 des RQ) entwickelte sich negativ von 2005 mit -530.000 Euro auf 2007 mit -3,73 Mio. Euro. Infolge rückläufiger Landesförderungen von 2,42 Mio. Euro gingen im selben Zeitraum die Einnahmen auf 641.000 Euro zurück. Die Ausgaben erhöhten sich von 2,95 Mio. Euro im Jahr 2005 durch höhere Investitionen auf 4,37 Mio. Euro 2007.
- Die Finanztransaktionen wiesen 2005 noch einen Negativsaldo (Saldo 3 des RQ) von 1,76 Mio. Euro aus. Dieser konnte sich bis 2007 infolge der Rücklagentransaktionen auf +611.000 Euro verbessern. Die Darlehensaufnahmen und -rückzahlungen waren niedriger als die Rücklagentransaktionen.
- Das positive Jahresergebnis (Saldo 4 des RQ) ohne Verrechnung zwischen o. H. und ao. H. und ohne Abwicklungen betrug 50.000 Euro im Jahr 2005 und war ab diesem Zeitpunkt ausgeglichen.

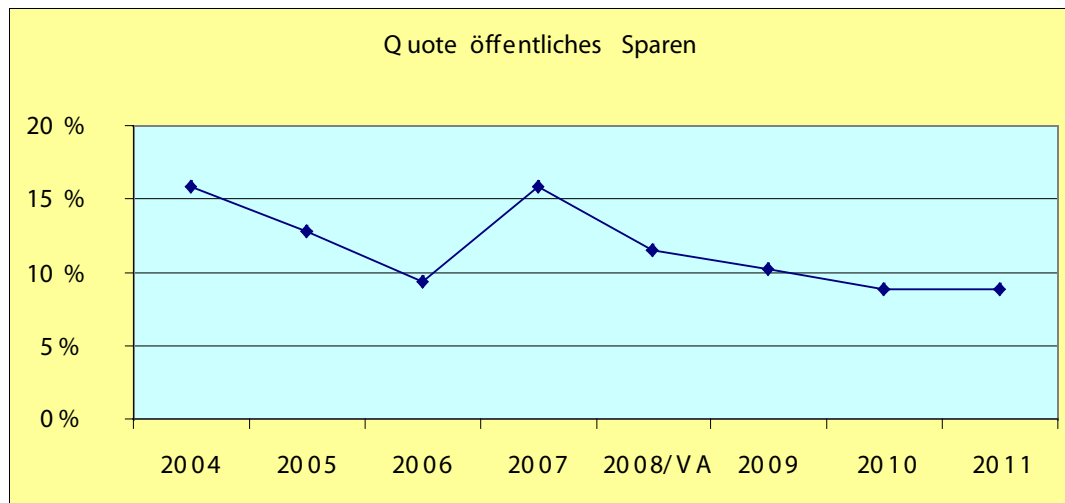
## Laufende Gebarung

### Öffentliches Sparen

19.1. Das öffentliche Sparen zeigte sich im Ergebnis der laufenden Gebarung. 2004 und 2005 lag die öffentliche Sparquote<sup>2</sup> bei 15,4 % bzw. 12,7 % und senkte sich 2006 auf 9,3 %. 2007 stieg sie wieder auf 15,8 %. Mit diesem Wert nahm Enns oberösterreichweit den 187. Rang und im Bezirk den 10. Rang ein. 2008 ist eine Erhöhung der Sparquote auf 11,5 % zu erwarten. Nach dem MFP wird sie sich in den Folgejahren zwischen 9 % und 10 % einpendeln.

---

2 Die Quote öffentlichen Sparens wird berechnet: Öffentliches Sparen (KZ 91)/laufende Ausgaben (KZ 29)\*100. Je höher die öffentliche Sparquote ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung von Ausgaben der Vermögensgebarung und der Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.



19.2. Bei den signifikanten Veränderungen der laufenden Gebarungen (2005 bis 2007) hielt der LRH einnahmenseitig Folgendes fest:

- Das **eigene Steueraufkommen** (KZ 10) stieg um 1,38 Mio. Euro auf 6,48 Mio. Euro. 2008 werden auf Grund von Mindereinnahmen aus IB, Einnahmen von 6,39 Mio. Euro erwartet. Die **Ertragsanteile** (KZ 11) stiegen von 7,19 Mio. Euro auf 7,88 Mio. Euro.<sup>3</sup> Für 2008 können einschließlich der Vorausanteile von 505.000 Euro Einnahmen von 8,33 Mio. Euro erwartet werden. Der MFP sieht bis 2011 eine Erhöhung auf 9,15 Mio. Euro vor.
- Zusammenfassend war festzustellen, dass sich die **Finanzkraft** von 11,82 Mio. Euro auf 13,90 Mio. Euro erhöhte. Mitberücksichtigt wurden dabei auch die IB, die von 246.000 Euro auf 1,03 Mio. Euro zunahm, wodurch Enns landesweit den 7. und im Bezirk den 4. Rang einnahm. An Finanzzuweisungen des Bundes (§ 23 FAG) erhielt die Stadt zusätzlich jährlich 468.000 Euro. Für 2008 werden inkl. der „Vorausanteile – Ertragsanteile“ insgesamt 14,72 Mio. Euro erwartet.
- Die **Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen** (KZ 18) haben sich von 2005 auf 2006 um 237.000 Euro auf 2,48 Mio. erhöht und verminderten sich 2007 um 437.000 Euro. Die Mehreinnahmen 2006 waren großteils auf die Vergütungen für den Personal- und Fahrzeugeinsatz rückzuführen.

Ausgabenseitig (2005 bis 2007) ist festzuhalten:

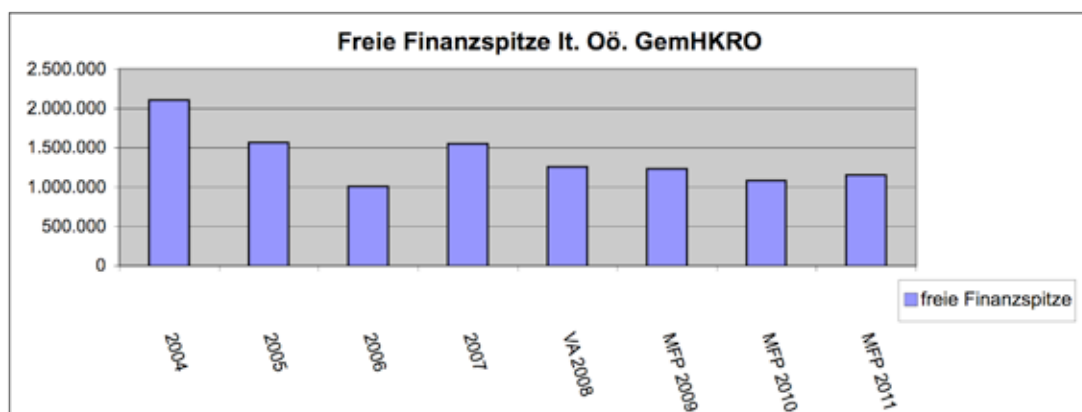
- Die **Personalausgaben** (KZ 20) sind unter Pkt. 3.1. dargestellt.
- Der **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (KZ 24) stieg von 5,86 Mio. Euro auf 6,22 Mio. Euro. Zum jährlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand trugen neben hohen Betriebs- und Instandhaltungskosten zahlreicher öffentlicher und betriebsähnlicher Einrichtungen vor allem Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen, die Leasingzahlungen für den Bauhof und das Schulzentrum sowie Miete und Betriebskosten an die SBE bei.
- Die **Zinsen für Finanzschulden** (KZ 25) stiegen um 48.000 Euro auf 257.000 Euro. Für 2008 ist eine Erhöhung um 47.000 Euro prognostiziert.

<sup>3</sup> Bei dieser Betrachtung wurden die Finanzzuweisungen des Bundes von jährlich 468.200 Euro mit einbezogen.

- Die **LTZ an Träger des öffentlichen Rechts** (KZ 26) erhöhten sich um 860.000 Euro auf 6,35 Mio. Euro. Dies war hauptsächlich auf Pensionszahlungen von 219.000 Euro, Krankenanstaltenbeiträgen 249.000 Euro und SHV-Umlage 243.000 Euro zurückzuführen.
- Die **sonstigen LTZ** (KZ 27) schwankten zwischen 740.000 Euro und 934.000 Euro. Die überdurchschnittlich hohen Ausgaben 2005 (934.000 Euro) waren durch die Beitragsleistung an die SBE von 200.000 Euro begründet. Die Erhöhung 2007 resultierte hauptsächlich aus den höheren Zuschussleistungen für private Kinderbetreuungseinrichtungen.

### Freie Finanzspitze

- 20.1. Die aus dem öffentlichen Sparen ableitbare freie Finanzspitze ist eine Kennzahl für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Haushaltes<sup>4</sup>.



2005 betrug die freie Finanzspitze 1,56 Mio. Euro und sank 2006 wegen höherer TZ an Gebietskörperschaften auf 1,01 Mio. Euro. 2007 und 2008 stiegen die frei verfügbaren Mittel durch Mehreinnahmen aus Kommunalsteuer und Ertragsanteilen auf 1,5 bzw. 1,26 Mio. Euro. Im Landes- bzw. Bezirksvergleich lag die freie Finanzspitze an 11. bzw. 5. Stelle. Ab 2009 wird eine freie Finanzspitze von durchschnittlich 1,15 Mio. Euro prognostiziert.

- 20.2. Der LRH beurteilte die bisherige Entwicklung der freien Finanzspitze als positiv.

<sup>4</sup> Die freie Finanzspitze ergibt sich aus dem Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1) abzüglich Tilgungen und IB.



### Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- 21.1. Die Einnahmen der Vermögensgebarung gingen von 2,42 Mio. Euro im Jahr 2005 auf 641.000 Euro im Jahr 2007 zurück. Die hohen Einnahmen 2005 waren auf Grundverkäufen (961.000 Euro) und Landesförderungen zurückzuführen. Die Einnahmen aus Grundverkäufen 2005 und 2006 von zusammen 1,22 Mio. Euro wurden der Erneuerungsrücklage-Kanalisation zugeführt.
- Die Ausgaben stiegen hingegen im selben Zeitraum von 2,95 Mio. Euro auf 4,37 Mio. Euro. Sie betrafen hauptsächlich (86 %) den Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Vermögen. Von den Ausgaben für Investitionen (3,71 Mio. Euro) wurden 550.000 Euro im o. H. und 3,16 Mio. Euro im ao. H. getätigt. Die Investitionsquote<sup>5</sup>, gemessen an den Gesamtausgaben des RQ, lag 2005 bei 10,7 % und erhöhte sich bis 2008 auf 19 %. Ab 2009 bis 2011 ist ein Rückgang von 7,2 % bis 4,3 % prognostiziert.
- 21.2. Nach Meinung des LRH war die Investitionsquote 2008 außerordentlich hoch, sie wird sich daher wieder auf deutlich niedrigerem Niveau einpendeln müssen. Wie der LRH feststellte, wurden die hohen Vermögensausgaben in den letzten drei Jahren überwiegend aus Rücklagen der WVA und der ABA finanziert.

### Finanztransaktionen

- 22.1. Die Einnahmen aus Finanztransaktionen erhöhten sich seit 2005 um 1,54 Mio. Euro auf 3,73 Mio. Euro im Jahr 2007. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf höhere Rücklagenentnahmen zur Finanzierung von ao. Vorhaben im Jahr 2007 und durch die 2006 und 2007 benötigten Investitionsdarlehen für den Kanalbau zurückzuführen.
- Die Ausgaben verminderten sich von 2005 auf 2006 um 2,03 Mio. Euro auf 1,92 Mio. Euro und stiegen 2007 auf 3,12 Mio. Euro. Diese unterschiedlich hohen Finanztransaktionen waren hauptsächlich auf Rücklagenbildungen aus IB zurückzuführen. 2008 werden zur Finanzierung der ao. Vorhaben Rücklagen von 4,47 Mio. Euro bereit gestellt.
- 22.2. Der LRH stellte fest, dass es bei den Finanztransaktionen wegen der regen Investitionstätigkeit im ao. H. zu höheren Schwankungen kam. 2005 bis 2007 wurden vorwiegend aus den IB, Rücklagen von 6,96 Mio. Euro gebildet und zur Finanzierung ao. Vorhaben verwendet.

### Mittelfristige Finanzplanung 2008 -2011

- 23.1. Der mittelfristige Finanzplan (MFP) enthielt die Berechnung der Budgetspitze und den Investitionsplan mit der jeweiligen Finanzierung. Der MFP wies 2008 bis 2011 jeweils positive Budgetspitzen zwischen 954.000 Euro und 1,24 Mio. Euro aus.<sup>6</sup> Der Investitionsplan umfasst für denselben Zeitraum ein Investitionsvolumen von 4,31 Mio. Euro, welches zu 75 % aus Rücklagen finanziert wird.

5 Die Investitionsquote wird berechnet: Bruttoinvestitionen (KZ 40 bis 42) / Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung (KZ 84) \*100.

6 Bei dieser Betrachtung wurden allerdings durch das verwendete KIM-Programm in die laufenden Einnahmen und Ausgaben keine ao. Beträge einbezogen.



- 23.2. Der LRH wies darauf hin, dass in den Folgejahren noch ausreichende Budgetspitzen prognostiziert wurden.

## Verschuldung

### Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten

- 24.1. Der Stand an Darlehen (Verschuldung im engeren Sinn) verminderte sich von 2005 bis 2007 von 11,80 Mio. Euro auf 11,59 Mio. Euro. Dieser Schuldenstand resultierte fast ausschließlich (99,3 %) aus Förderungsdarlehen für den Bau von WVA und ABA. Für die Verschuldung im weiteren Sinn sind auch „kredit- oder darlehensähnliche“ Verbindlichkeiten wie Leasingverpflichtungen, sowie „ausgelagerte Schulden“ maßgeblich. Die bei der SBE „ausgelagerten Schulden“ (Haftungen) betragen 1,3 Mio. Euro. Die Leasingverpflichtungen für den Bauhof und die Sanierung der Hauptschule beliefen sich auf 1,37 Mio. Euro Ende 2007. Sie verminderten sich 2008 auf 1,20 Mio. Euro.
- 24.2. Der LRH beurteilte die Verschuldung im engeren Sinn (Finanzschulden) als gering. Die finanziellen Lasten werden aber durch Leasingfinanzierungen und Mietzahlungen an die SBE für die ausgelagerten Schulden steigen.
- 25.1. Der Schuldendienst 2007 belief sich auf 923.000 Euro. Abzüglich der Ersätze für den Annuitätendienst der Förderungsdarlehen ergab sich eine Nettobelastung von 783.000 Euro. In den letzten drei Jahren erhöhte sich der Nettoschuldendienst um 89.000 Euro. 2006 wurde für Darlehen des Wasserleitungs- und Kanalbaues eine Ausschreibungsanalyse über die bestmöglichen Zinssätze in Auftrag gegeben. Die daraufhin erfolgten Darlehensumschuldungen lassen auf die Gesamtlaufzeit von 16 Jahren eine Zinseinsparung von 122.000 Euro erwarten.
- 25.2. Der LRH würdigte die Bemühungen der Stadt zur Optimierung der Darlehenskonditionen. Er wies darauf hin, dass der Nettoschuldendienst durch die Einnahmen aus dem Gebührenhaushalt bedeckt werden konnte.

### Geldverkehr auf Girokonten

- 26.1. Die monatlichen Giro Guthaben bewegten sich 2007 und 2008 zwischen 4,13 Mio. Euro und 5,52 Mio. Euro. Ende 2007 wurde eine Termineinlage von 2 Mio. Euro getätigt.
- 26.2. Der LRH empfahl, die Zinssätze bei jenen Kreditinstituten, bei welchen die größten Girobewegungen stattfinden, neu zu verhandeln und höhere Geldbestände beim Bestbietenden zu konzentrieren. Bei den Geldverkehrsspesen regte er an, günstigere Konditionen zu erreichen. Er stellte hiezu positiv fest, dass auf Grund der sofortigen Umsetzung dieser Empfehlung bereits Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bis zu 40.000 Euro pro Jahr erwartet werden können.

## Rücklagen

- 27.1. Der Rücklagenstand belief sich zu Beginn 2007 auf 5,86 Mio. Euro. Insgesamt wurden 2007 Rücklagen von 2,42 Mio. gebildet. Diese setzten sich überwiegend aus IB für WVA (830.000 Euro) und ABA (1,22 Mio. Euro) im o. H. und aus Rückführungen an die Wasser- und Kanalarücklage im ao. H. (301.500 Euro) zusammen. Zur Finanzierung der ao. Vorhaben wurden 2007 insgesamt 3,06 Mio. Euro verwendet, sodass 2007 ein Rücklagenstand von 5,22 Mio. Euro verblieb. Die Zweckbestimmung erfolgte vom GR im Rahmen des VA und RA.
- Laut NVA 2008 werden Rücklagen von 1,26 Mio. Euro gebildet. Hievon betreffen 669.000 Euro IB einschließlich ROG und 183.000 Euro Rückführungen aus dem ao. H. Zur Finanzierung der ao. Vorhaben werden 4,46 Mio. Euro bereitgestellt, wovon 94,3 % aus Rücklagen der WVA und der ABA herrühren. 2008 verbleibt demnach noch ein Rücklagenstand von 2,01 Mio. Euro.
- 27.2. Der LRH stellte fest, dass die aus der WVA und der ABA gebildeten Rücklagen großteils auch zur Finanzierung von anderen ao. Vorhaben verwendet wurden. Er empfahl, die IB wie bisher einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen und diese bei Bedarf zur Finanzierung heranstehender Baumaßnahmen für WVA und ABA einzusetzen.
- 28.1. Aus überhöhten Vergütungseinnahmen für Bauhof- und Fuhrparkleistungen wurden vor Jahren Rücklagen gebildet und dadurch den jährlichen Budgets Finanzmittel entzogen.
- 28.2. Der LRH empfahl, die beiden Rücklagen Wirtschaftshof und Fuhrpark von derzeit zusammen 720.000 Euro aufzulösen und der allgemeinen Haushaltsrücklage zuzuführen, um diese bei Bedarf dem Haushalt zur Verfügung zu stellen.

## Maastricht

- 29.1. Im Österreichischen Stabilitätspakt haben sich alle Gemeinden verpflichtet, jeweils länderweise durch ein möglichst ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis zur gesamtstaatlichen Konsolidierung beizutragen. Das Maastricht-Ergebnis lt. RQ wies 2004 noch einen positiven Saldo von 649.000 Euro aus. Dieser verschlechterte sich bis 2007 auf -2,09 Mio. Euro, was hauptsächlich auf die Straßenbaumaßnahmen im ao. H. von 1,44 Mio. Euro und der Zuschussleistung an die SBE von 500.000 Euro zurückzuführen war. Der MFP prognostizierte bis 2010 negative Ergebnisse bis zu -454.000 Euro.
- 29.2. Nach Ansicht des LRH hat die Stadtgemeinde ihre Budget- und Investitionspolitik stabilitätsorientiert auszurichten.

## Außerordentliche Vorhaben

### Überblick

- 30.1. Im Zeitraum 2005 bis 2007 fielen im ao. Haushalt Investitionen von 9,89 Mio. Euro an. Die Einnahmen wurden zu 50 % aus Rücklagen, 39 % aus Zuschussmitteln und 11 % aus Fremdmitteln finanziert. Laut NVA 2008 sind Investitionen von 5,10 Mio. Euro geplant, für deren Bedeckung Rücklagen von 4,47 Mio. Euro bzw. 87,6 % der Gesamteinnahmen vorgesehen sind.
- 30.2. Der LRH stellte fest, dass bestehende Vorhaben ausfinanziert und neue Vorhaben den finanziellen Möglichkeiten angepasst wurden. Die Ausfinanzierung der Vorhaben war nur durch Mittelentnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen möglich.

### Saunaanlage

#### Allgemeines

- 31.1. Die Sauna wurde nach genauer Standortbestimmung am Areal des Freibades errichtet. Das benötigte Grundstück wurde aus der Freibadfläche herausgenommen und in die SBE eingebracht. Die SBE errichtete die Saunaanlage mittels Baurechtsvertrag. Seit Fertigstellung (1.11.2008) vermietet die SBE die Saunaanlage an die Stadtgemeinde und die Stadt sorgt für den Betrieb.  
Der Bedarf für einen Saunabau wurde nachweislich nicht erhoben. Die Entscheidung für die Errichtung der Anlage war politisch teilweise umstritten, weil relativ hohe Ausgaben für einen geringen Interessentenkreis anfielen.  
Die Stadtverwaltung berechnete die Folgekosten für Personal und Betrieb jährlich mit 124.000 Euro. Darin sind die Annuitäten für das Darlehen von 1,3 Mio. Euro nicht enthalten. An Einnahmen erwartet die Stadt jährlich 151.000 Euro.

#### Kosten und Finanzierung

- 32.1. Laut Kostenaufstellung vom 4.6.2008 betragen die Gesamtherstellungskosten netto 1,3 Mio. Euro. Zur Finanzierung waren Darlehen und ein Baukostenzuschuss der Stadt von 500.000 Euro vorgesehen. Da der 2007 aus Rücklagen finanzierte Baukostenzuschuss der Stadt von 500.000 Euro von den SBE zur Rückzahlung des aushaftenden Darlehens für die Sporthalle verwendet wurde, sollen die 1,3 Mio. Euro mittels Bankdarlehen finanziert werden. Zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung beliefen sich die Gesamtherstellungskosten auf 1,04 Mio. Euro. Einschließlich der noch ausstehenden Rechnungen werden die Gesamtausgaben voraussichtlich 1,3 Mio. Euro betragen. Die von der Stadtgemeinde an die SBE für den Saunabetrieb sowie für die Sporthalle ab 2009 zu leistenden jährlichen Mieten von 103.000 Euro bzw. 131.000 Euro werden von der SBE zur Rückzahlung des Darlehens verwendet.

- 32.2. Der LRH hielt die Finanzierung der Saunaanlage über die SBE aus Maastrichtgründen für zweckmäßig.

#### Planung und Bauleitung

- 33.1. Die Planung und Bauleitung wurde ohne Ausschreibung in Form eines Generalplanerauftrages an eine Linzer Architektengemeinschaft vergeben.
- 33.2. Der LRH wies darauf hin, dass dieser Dienstleistungsauftrag nicht entsprechend den Vergaberichtlinien ausgeschrieben wurde.

#### Hallenbad

- 34.1. Der Betrieb des Hallenbades wurde aufgrund der hohen Abgänge und der heranstehenden Sanierung im Sommer 2004 eingestellt. Der Abbruch der Anlage kostete 134.000 Euro, die aus Rücklagen der WVA finanziert wurden.
- Vor Errichtung einer Saunaanlage hat eine politische Fraktion die gemeinsame Errichtung eines Hallenbades und einer Sauna gefordert. Die vorgeschlagene Machbarkeitsstudie samt Energie- und Finanzierungskonzept wurde nach mehrheitlicher Ablehnung im GR, Ende 2008 einstimmig in Auftrag gegeben.
- 34.2. Der LRH begrüßte die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie empfahl aber, den Bau eines Hallenbades in wirtschaftlicher Hinsicht aufgrund der Folgekosten kritisch zu überdenken.

#### Lorcherbrücke

##### Allgemeines

- 35.1. Bei einer 1997 durchgeführten Brückeninspektion zeigte sich, dass die Lorcherbrücke zu sanieren ist. Die Sanierung scheiterte allerdings an den notwendigen Gleissperren und dem damit verbundenen eingeschränkten Fahrbetrieb der ÖBB. Nach Errichtung der Umfahrung hat die ÖBB langfristig Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, sodass es der Stadtgemeinde ohne größeren finanziellen Aufwand möglich war, die Sanierung der Brücke in Angriff zu nehmen.

##### Kosten und Finanzierung

- 36.1. Die Gesamtausgaben werden einschließlich der noch ausstehenden Honorare (ca. 20.000 Euro) 700.000 Euro betragen. Die Finanzierung erfolgte aus Rücklagen für den Bau der WVA und ABA.
- Nach Fertigstellung wurde die Brücke in die Finanzierung des Vorhabens „Anbindung Lorcher Straße an die Umfahrung Enns“ einbezogen. Für die Gesamtinvestitionskosten von 1,83 Mio. Euro wurden BZ von 500.000 Euro in Aussicht gestellt.

- 36.2. Der LRH empfahl zu prüfen, unter welchen finanziellen Voraussetzungen die Brücke an die ÖBB übertragen werden kann. Sollte die ÖBB davon Abstand nehmen, wären zumindest neuerliche Verhandlungen für eine Kostenbeteiligung der ÖBB aufzunehmen.
- 36.3. *Für das Bauvorhaben „Sanierung Lorcher Brücke“ lag eine Kostenschätzung auf LV-Basis mit Stand Jänner 2002 mit ATS 8,000.000 (€ 581.270,-) sowie eine Kostenschätzung auf LV-Basis mit Stand 27.9.2006 mit € 600.000,- für die reinen Bauarbeiten vor. Diese Kostenschätzungen waren auch Grundlage für die Ansätze im Straßenbauprogramm 2006 bzw. 2007. In der GR-Sitzung vom 07.12.2006 wurde das Budget 2007 beschlossen, dass auch die Realisierung der Sanierung Lorcher Brücke beinhaltet. Die Finanzierung war durch Rücklagenentnahme vorgesehen. In der gleichen GR- Sitzung wurde auch die Baufirma beauftragt.*

### **Straßenbaumaßnahmen**

- 37.1. Für den Straßenbau wurden 2005 bis 2007 im ao. H. Investitionen von 5,01 Mio. Euro getätigt. Die Baumaßnahmen wurden zur Gänze an Baufirmen vergeben. Die Straßenbaumaßnahmen wurden zuletzt 2006 beim Ausbau der Wienerstraße im offenen Verfahren ausgeschrieben und an den Bestbieter vergeben. 2007 erfolgten die Auftragsvergaben ohne neuerliche Ausschreibung im Anhangverfahren an den 2006 ermittelten Bestbieter. Dabei wurden für die Zusatzaufträge Schlossgasse, Fürstengasse, Stiegegasse und Schmiedmayrgasse keine Beschlüsse des GR herbeigeführt.
- 37.2. Nach Meinung des LRH sollten in Hinkunft die Straßenbauarbeiten wieder jährlich ausgeschrieben und dem GR zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Außerdem wäre zu prüfen, ob es wirtschaftlich wäre, vorhandene Ressourcen im Bauhof auch im Straßenbau, zB bei Humusierungs- und Flurbereinigungsarbeiten sowie Grabungsarbeiten einzusetzen.

### **Sonstige Feststellungen**

#### **Förderungen**

##### Stadtmarketing und Tourismusförderung

- 38.1. Durch Einkaufsmärkte am Stadtrand und in der Region verlor das Geschäftsleben im Zentrum von Enns an Attraktivität. Deshalb bemühte sich die Stadt, das Zentrum durch Marketing neu zu beleben und den Tourismus zu forcieren. Unter Einbindung des Tourismusverbandes (TV) beauftragte sie 2005 eine Beratungsagentur mit der Erstellung eines Stadtmarketingkonzeptes im Sinne der „Città Slow – Bewegung“. Um alle Kräfte<sup>7</sup> zu bündeln und Enns neu zu positionieren, gründete die Stadt die Tourismus- und Stadt

---

<sup>7</sup> Vertreter der Stadtgemeinde, TV, Werbe- und Ausstellungsverein, Kunst- und Kulturszene, Interessensvertreter der Ennshafen GmbH und Ennser Banken.

marketing GmbH (TSE). Die Ausgaben für das Stadtmarketing beliefen sich von 2005 bis 2007 auf 185.700 Euro, wobei 138.600 Euro an die Stadtbetriebe Enns GmbH (SBE) zur Begleichung der Kosten für die Erstellung des Stadtmarketingkonzeptes gingen. Der TV refundierte der Stadt für diese Leistungen 75.000 Euro.

Die Stadt förderte 2005 und 2006 den TV mit insgesamt 100.200 Euro in Form von Subventionen für das Personal und den laufenden Betrieb bzw. gewährte einen Zuschuss zum Ankauf einer Donaufähre. 2007 und 2008 wurde der TV mit zusätzlichen 87.700 Euro gefördert. Die 2007 neu gegründete TSE erhielt 142.200 Euro.

- 38.2. Der LRH stellte positiv fest, dass die Stadtgemeinde nach einigen gescheiterten Versuchen, seit 2005 zielführende Maßnahmen ergriff, um den Kaufkraftabfluss und den hohen Leerstandsquoten von Geschäftsräumen in der Innenstadt entgegen zu wirken. In der Übernahme gebündelter Tourismusmarketing und -werbung, sowie der Gäste- und Gastronomiebetreuung bzw. -entwicklung durch die TSE, sah der LRH erfolgreiche Schritte in Richtung Neupositionierung des Stadtmarketings und der Tourismusentwicklung. Die Stadtgemeinde sollte künftig ihren Aufwand und Nutzen aufgrund der Tätigkeitsberichte der TSE periodisch evaluieren.
- 38.3. *Die Stadtgemeinde führte dazu aus, dass eine wesentliche Entscheidung in dieser Angelegenheit auch der Beschluss des Gemeinderates war, im Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Enns zukünftig keinerlei Geschäftsgebietswidmungen mehr vorzunehmen. Dies soll insbesondere als Lösungsansatz verstanden werden auch den Kernbereich einer Altstadt wiederum durch Handelsbetriebe beleben zu können.*

### Wirtschaftsförderung

- 39.1. Enns hat die Förderungsmittel für die Wirtschaft von 2005 bis 2007 von 34.500 Euro auf 63.600 erhöht. In diesem Zeitraum waren Förderungen von insgesamt 34.700 Euro für die Aufnahme von Lehrlingen und Behinderten in Enns' Betrieben enthalten. Bis 2007 subventionierte die Stadtgemeinde mit 109.600 Euro die Schaffung neuer Arbeitsplätze bzw. in der Folge Betriebsneugründungen. Für die Wirtschaftsförderungen lagen Förderungsrichtlinien vor.
- 39.2. Der LRH stellte fest, dass mit den neuen Förderrichtlinien eine höhere Effizienz bei den Förderungen erreicht wurde und die Enns' Betriebe die Anzahl der aufgenommenen Lehrlinge von 2005 bis 2007 von 46 auf 142 steigerten. Der gute Wirtschaftsstandort Enns zeigte sich an den hohen und jährlich zwischen 4,2 % und 10,5 % gestiegenen Einnahmen an Kommunalsteuer.

### Gemeindeeigene Wohnhäuser

- 40.1. Die Stadtgemeinde besitzt und verwaltet 12 teilweise denkmalgeschützte Wohngebäude mit 85 mitunter sanierungsbedürftigen Wohnungen der Kategorien C und D. 23 Wohnungen stehen leer, was einer leerstehenden Mietfläche von 24 % entspricht. Die Wohngebäude und deren Vermietungen belasteten seit Jahren den o. H. Mietzinsreserven gibt es nicht gebildet.



- 40.2. Der LRH meint, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, den Wohnungsbedarf - eventuell mit Ausnahme für sozial Bedürftige - abzudecken, sondern nur die Rahmenbedingungen für den Wohnungsmarkt zu schaffen. Er empfahl dem GR, eine den Haushalt entlastende Strategie über die Verwendung und weitere Vorgangsweise betreffend die gemeindeeigenen Wohngebäude festzulegen. Der Verkauf einzelner Wohnobjekte sollte ebenso überlegt werden, wie die Auslagerung der kaufmännischen Wohnungsverwaltung an WG zur Entlastung der Stadtverwaltung.

### Stadtbetriebe Enns GmbH

- 41.1. Die Stadtbetriebe Enns GmbH (SBE) steht gänzlich im Eigentum der Stadtgemeinde. Die Gründung der Gesellschaft erfolgte aus steuerlichen Gründen beim Kauf der 3-fach Sporthalle (Superädifikat) von der Bundesimmobiliengesellschaft (siehe Pkt. 43.1.). Die Geschäfte der SBE werden vom Stadtamtsdirektor als Geschäftsführer geführt. Für die Kontrolle der Gesellschaft ist ein eigener Beirat mit umfangreichen Befugnissen (zB Prüfung der Bilanzen und der Geschäfte sowie die Feststellung des Bedarfes an Gesellschafterzuschüssen) eingerichtet. Dieser setzt sich aus sämtlichen Stadträten und Fraktionsobleuten zusammen. Darlehensaufnahmen und Gesellschafterzuschüsse wurden vom GR beschlossen. Der Prüfungsausschuss war zuständig für Gebarungsprüfungen. Die Stadtgemeinde hat für die in Bestandnahme der Sporthalle einen Bestandzins und Betriebskosten an die SBE zu leisten. Die SBE schrieb 2005 bis 2007 Jahresverluste von -230.900 Euro, -144.900 Euro und -96.100 Euro. 2007 verblieb unter Berücksichtigung des Verlustvortrages aus allen Vorjahren ein Bilanzverlust von -535.500 Euro. Die Bedeckung der vor allem durch Abschreibung der Anlagen und Darlehenszinsen entstandenen Verluste erforderte von der Stadtgemeinde zusätzliche Gesellschafterzuschüsse. Diese beliefen sich von 2005 bis 2007 unter Berücksichtigung der auch für Stadtmarketing geleisteten Gesellschafterzuschüsse auf 112.000 Euro; 110.000 Euro und 68.000 Euro. Weiters leistete die Stadt zur Darlehensrückzahlung aus der Finanzierung des ebenfalls über die SBE abgewickelten Saunaneubaues einen Investitionszuschuss von 500.000 Euro (siehe Pkt. 32.1.). Ende 2006 betragen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 505.400 Euro. Sie wurden 2007 mit diesem Investitionszuschusses der Stadt getilgt. Somit verblieben sonstige Verbindlichkeiten von 28.400 Euro, denen ein Umlaufvermögen von 114.200 Euro gegenüber stand, wovon 60.100 Euro Guthaben bei Kreditinstituten betrafen.
- 41.2. Der LRH sah den Bedarf für die Gesellschafterzuschüsse 2005 bis 2007, zumal 2007 ein erheblicher Bilanzverlust verblieb und diese aus Liquiditätsgründen notwendig waren. Die SBE hatte Ende 2007 einen Liquiditätsbestand von +60.100 Euro, welcher ohne die Gesellschafterzuschüsse minus -229.900 Euro betragen hätte. Zur teilweisen Rückzahlung des von der SBE für den Saunaneubau aufgenommenen Darlehens sollte die Stadt prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, weitere Mittel aus Rücklagen als Gesellschafterdarlehen oder -zuschuss zu gewähren.
- Aufgrund des für die Gebarung der SBE verantwortlichen Beirates, der mit Vertretern aller politischen Parteien besetzt ist, sowie der Beschlüsse des GR und der Prüfungszuständigkeit des Prüfungsausschusses sah der LRH die Transparenz für die Gebarung der SBE gegeben und bestätigte deren Finanzierungsbedarf.

## Stadthalle und Sporthalle

- 42.1. Die **Stadthalle** wurde 1956 erbaut und 1988 generalsaniert. Dieses Veranstaltungszentrum verfügt über ein Platzangebot für 1.200 Personen. Die Stadtgemeinde vermietet die Halle an Veranstalter für Musik-, Sport- und Kulturevents sowie für Ausstellungen und Messen. Der Betrieb verursachte 2005 bis 2007 einen jährlich sich reduzierenden Fehlbetrag von durchschnittlich 110.500 Euro. Die Tarife für die Saalmieten wurden zuletzt 2006 erhöht und nach dem VPI wertgesichert.
- 42.2. Der LRH merkte an, dass die Stadthalle mit Ausnahme der Sommermonate gut ausgelastet ist. In Hinblick auf deren überdurchschnittliche Kapazität empfahl er zu prüfen, ob das Forcieren von Großveranstaltungen den Zielen des Stadtmarketings und der Verbesserung der Betriebsergebnisse entgegen käme. Der LRH stellte fest, dass bei Saalmieten Ende 2007 Zahlungsrückstände von 11.200 Euro bestanden und die Stundensätze für die Hallentechniker zu niedrig festgesetzt wurden.
- 42.3. *Die Stadtgemeinde teilte mit, dass die Zahlungsrückstände von 11.200 Euro aus Mietrückständen von Veranstaltungen in den Monaten November bzw. Dezember resultieren, deren Fälligkeit erst im darauffolgenden Jahr terminisiert wurde.*
- 43.1. Die **Sporthalle** verfügt über drei Teilhallen und bietet 400 Zuschauern Platz. Sie ist mit der Stadthalle baulich sowie energetisch verbunden. Die Stadtgemeinde hat die Sporthalle von den SBE, welche den Betrieb führt, gemietet. Die Hallen werden für den Schulunterricht des eingemieteten Bundesrealgymnasiums und den gemeindeeigenen Pflichtschulen aber auch für Turniere von Vereinen sowie für nicht sportliche Veranstaltungen verwendet. Die Sporthalle wird von der Stadtgemeinde und den SBE gemanagt. Der Sporthallenbetrieb verursachte 2007 einen Fehlbetrag von 268.900 Euro, der vor allem aus der an die SBE zu leistenden Miete (Bestandzins) und den Personalkosten resultierte. Die Sporthalle und die Stadthalle werden von zwei vollbeschäftigten Hallentechnikern und vier Reinigungskräften mit einem Beschäftigungsausmaß von zusammen 2,5 PE betreut. Die Hallentechniker betreuen zusätzlich noch zahlreiche Gemeindeeinrichtungen und die im Schloss Ennsegg auf einer Fläche von 1.500 m<sup>2</sup> untergebrachte Musikschule.
- 43.2. Der LRH sah durch den mittels Foyer verbundenen Anbau der Sporthalle an die Stadthalle die Nutzung von Synergien. Er beurteilte den Personaleinsatz für beide Veranstaltungszentren als angemessen, zumal von den Hallentechnikern noch zahlreiche Agenden für verschiedene Gemeindeeinrichtungen wahrgenommen wurden und die Reinigungskräfte auch organisatorische Tätigkeiten bei Veranstaltungen übernahmen.

## Parkraumbewirtschaftung

- 44.1. Die Parkgebühren von 182 gebührenpflichtigen Kurzparkzonenplätzen stellten 2007 mit 83.800 Euro die drittgrößte Einnahmenart bei den Gemeindeabgaben dar. Sämtliche gebührenpflichtigen Parkplätze (Kurzparkzonen) sind für die erste halbe Stunde sowie zwei Stunden in der Mittagszeit gebührenfrei. Im Umkreis von ca. 350 Meter vom Stadtplatz sind 290 gebührenfreie Parkplätze (Kurzparkzonen) und 316 gebührenfreie Dauerparkplätze vorhanden, wovon 30 von der Stadt um jährlich 13.500 Euro gepachtet sind. Weiters wurden am Stadtrand 20 Parkplätze um 1.200 Euro gepachtet, die vor allem Mietern von WG zur Verfügung stehen.



- 44.2. Der LRH empfahl, die Belegungsfrequenz bei sämtlichen Parkplätzen zu ermitteln und ein Parkplatzkonzept unter Berücksichtigung des Stadtmarketing- und Verkehrskonzeptes zu erstellen. Dem LRH erschien die Erweiterung der Gebührenpflicht um ca. 190 Kurzparkzonenplätze im innerstädtischen Bereich überlegenswert. Er sah die Gebührenbefreiung für die erste halbe Stunde bei den Parkplätzen im Zentrum nicht im Einklang mit dem Leitbild der Stadt („Verminderung des motorisierten Durchgangsverkehrs in der Innenstadt“) und wies auf den zusätzlichen Kontrollaufwand für den Wachdienst hin. Die zweistündige Gebührenbefreiung in der Mittagszeit hielt er als großzügig. Nach Ansicht des LRH befinden sich ausreichend Parkplätze auf öffentlichem Gut (zB Marckhgottplatz), wodurch ihm die angepachteten Parkflächen nicht erforderlich erschienen. Er regte an, eine Erhöhung der seit Jahren unveränderten Parkgebühren anzudenken. Der LRH erwartete sich bei Umsetzung seiner Empfehlungen nach einmaligen Investitionen, jährliche Mehreinnahmen von ca. 50.000 Euro.

### Citytaxi

- 45.1. Das Citytaxi wird im Auftrag der Stadt von Taxiunternehmen betrieben und befördert nur Bewohner mit Hauptwohnsitz Enns innerhalb des Gemeindegebietes. Der Fahrpreis beträgt einheitlich 3,30 Euro und ist für Sozialaktivpassinhaber ermäßigt. Die Stadtgemeinde leistet pro Fahrt 5,20 Euro an die Taxiunternehmer. Der Citytaxibetrieb für zuletzt 25.500 Fahrgäste verursachte seit Jahren Abgänge, welche sich 2005 bis 2007 von 39.000 Euro auf 60.000 Euro bzw. 45.000 Euro erhöhten. Die Erhöhung ist auf den Entfall der Landesförderung zurückzuführen.
- 45.2. Der LRH sah das Citytaxi als eine bürgerfreundliche Einrichtung der Stadt, welche allerdings jährlich hohe freiwillige Ausgaben verursachte. Um Fördermittel des Landes lukrieren zu können empfahl er, die Voraussetzungen für die Integration des Citytaxis in den OÖVV zu erheben und dabei Kooperationen mit Nachbargemeinden auch zwecks Kostenteilung zu prüfen. Zur Reduzierung des Abgangs und Vermeidung unangemessener Inanspruchnahme des Citytaxis regte er an, eine Einschränkung der Benützung auf soziale Komponenten bzw. ein Anrufsammeltaxi mit fixen Haltestellen anzudenken.

### Freibad

- 46.1. Der Betrieb des Freibades verursachte 2005 bis 2007 einen durchschnittlichen Fehlbetrag von 194.000 Euro. Die Badetarife für das mit einem Sportbecken (50 x 21 m) und zwei weiteren Schwimmbecken ausgestatteten Freibades waren dem VPI angepasst. Die Besucherzahlen stiegen seit Jahren auf zuletzt 40.000 an.
- 46.2. Der LRH stellte fest, dass die Badetarife seit 2004 nicht dem VPI angepasst wurden. Er sah im Vergleich mit Badetarifen von Freibadeanlagen mit ähnlich großzügigen Wasserflächen einen Spielraum zur Erhöhung einzelner Tarifarten von jedenfalls 10 % bzw. bei Saisonkarten bis zu 40 %. Er bekräftigte die Erhöhung auch wegen der gestiegenen Attraktivität aufgrund Sanierungsmaßnahmen und dem angrenzenden Saunaneubau. Der LRH regte an, die Werbeaktion durch Verkauf von Gutscheinen an ortsansässige

Unternehmen zum Freibadeintritt für deren Belegschaft zu forcieren. Zur Verringerung der Betriebskosten sollte ein Einkaufspool für Desinfektions- und Reinigungsmittel mit anderen Bäderbetreibern angestrebt werden. Der LRH erwartete sich bei Umsetzung seiner Empfehlungen einen jährlich um mindestens 10.000 Euro niedrigeren Abgang.

### Bauhof und Wasserwerk

- 47.1. Im **Bauhof** sind 32 Bedienstete (32 PE) beschäftigt, wovon drei für die gemeindeeigene Müllabfuhr und ein Bediensteter für den Friedhof zuständig sind. Das für die Wasserversorgung der Stadt zuständige **Wasserwerk** beschäftigt 6 Mitarbeiter (6 PE). Bauhof und Wasserwerk sind autonom mit jeweils einem Betriebsleiter organisiert. Die MA beim Bauhof und Wasserwerk weisen eine hohe Altersstruktur auf und mittelfristig stehen Nachbesetzungen infolge Pensionierungen heran. Für den Fuhrpark des Bauhofes ist bis 2011 ein Erneuerungsbedarf mit einer Investitionssumme von bis zu 720.000 Euro geplant.
- 47.2. Der LRH empfahl, die Effizienz der Leistungserbringung in beiden städtischen Betrieben durch ein Beratungsunternehmen mit Unterstützung des Controllers der Stadtgemeinde untersuchen zu lassen. Hierzu regte er an, durch Aufgabenkritik und Analysieren der Arbeitsprozesse freie Personalressourcen festzustellen und Nachbesetzungen einer kritischen Personalbedarfsanalyse zu unterziehen. Die Installierung eines zentralen Betriebsleiters wäre aufgrund den mittelfristig bevorstehenden Pensionierungen des Leiters des Bauhofes und Wasserwerkes überlegenswert. Der LRH sah Synergien bei einer zentralen Führung durch betriebsübergreifende Koordination und gemeinsamer betriebswirtschaftlicher Steuerung. Durch Evaluierung des Leistungsangebotes wäre auch ein Einsparungspotential beim Erneuerungsbedarf im Fuhrpark zu prüfen.
- 48.1. Die Bauhof- und Fuhrparkgebarungen wiesen 2005 bis 2007 Überschüsse aus. Diese sind auf zu hohe Stundensätze zurückzuführen. Für die Leistungen des Bauhofes, Fuhrparks und Wasserwerkes waren vereinzelt Produktdefinitionen vorhanden. Eine darauf aufbauende ganzheitliche KLR fehlte.
- 48.2. Der LRH stellte fest, dass der derzeitige Bewertungs- und Abrechnungsmodus der Bauhof- und Fuhrparkleistungen zu einem unrichtigen Kostenbild bei den Leistung empfangenden Einrichtungen führte. Er wies darauf hin, dass wegen der fehlenden KLR Kostenvergleiche mit der Wirtschaft nur bedingte Aussagekraft hatten. Der LRH empfahl, eine KLR aufzubauen, wofür es notwendig ist, alle Leistungen in einem Produktkatalog zu definieren.

### Museum Lauriacum

- 49.1. Das römische Zentralmuseum Lauriacum beherbergt vor allem eine der bedeutendsten Römersammlungen Österreichs. Träger des im Eigentum der Stadt befindlichen denkmalgeschützten und sanierungsbedürftigen Museumsgebäudes ist der Museumsverein Lauriacum. Die Besucherzahlen 2005 bis 2007 sanken von 4.300 auf 3.150. Der Museumsbetrieb wurde von der Stadt im gleichen Zeitraum mit durchschnittlich 37.600 Euro subventioniert. Durch zusätzliche Instandhaltungs- und Betriebskosten verblieben der Stadt durchschnittliche Fehlbeträge von 41.000 Euro.

- 49.2. Der LRH sah das Museum, insbesondere aufgrund seines zentralen Standortes am Stadtplatz, als bedeutenden Beitrag zur Stadtbelebung. Er empfahl, in Verbindung mit der geplanten Sanierung des Museumsgebäudes, die Präsentation des Ausstellungsangebotes zu modernisieren und attraktiver zu gestalten. In Hinblick auf die Leaderprojekte sowie der 800 - Jahrfeier der Stadt erschien dem LRH für das Museum eine verstärkte professionelle Werbung im Rahmen der TSE zielführend.

### **Inventar- und Vermögensverwaltung**

- 50.1. Seit 2002 ist nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen eine Neubewertung des Vermögens und Inventars durchzuführen. Die Neubewertung des Inventars und Überarbeitung sämtlicher Vermögenswerte wird von der Stadtverwaltung derzeit in Angriff genommen und die Vermögensverwaltung neu aufgebaut.
- 50.2. Der LRH wies darauf hin, dass insbesondere wegen der im Eigentum der Stadtgemeinde befindlichen zahlreichen Immobilien, die umgehende Vermögenserfassung sowie Bewertung nach den geltenden Bewertungsgrundsätzen und der GemHKRO eine Priorität darstellen muss. Er hielt fest, dass die Neubewertung des Vermögens die Voraussetzung für die bisher nicht aussagekräftige Vermögensrechnung ist und die Basis für die schrittweise einzuführende KLR bildet.

2 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 24. März 2009

Dr. Helmut Brückner  
Direktor des Oö. Landesrechnungshof

## Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung Stadtgemeinde ENNS

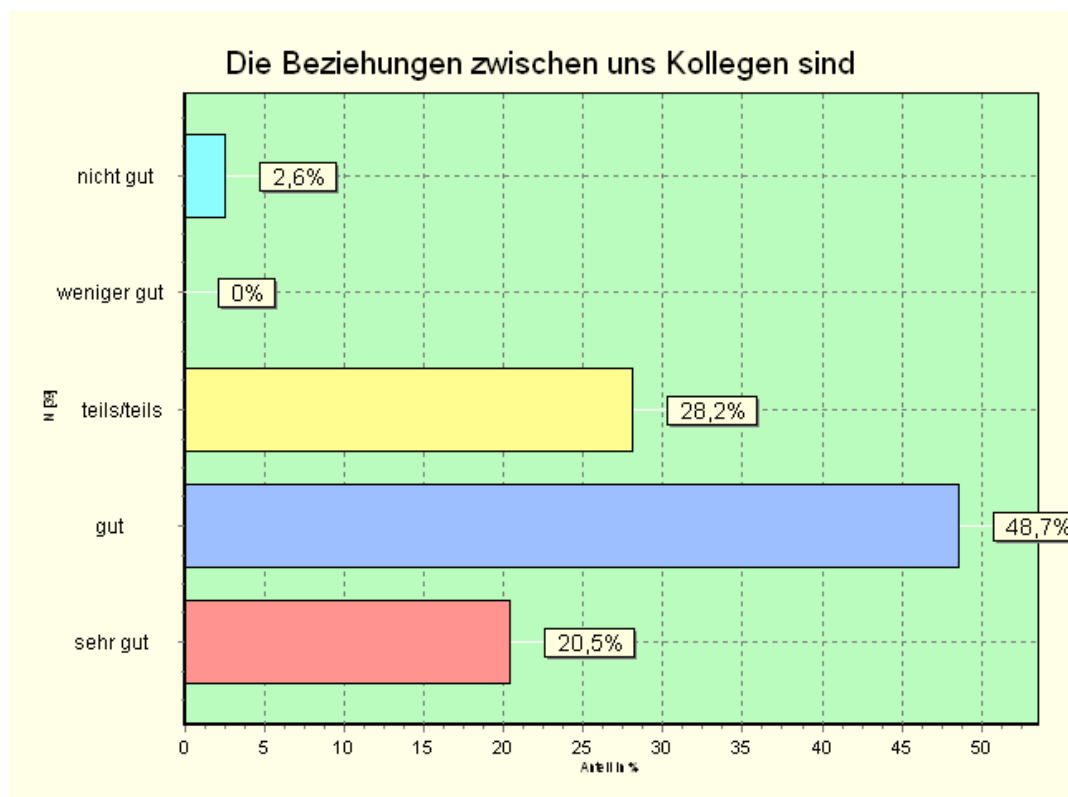
Im Zuge der Prüfung der Stadtgemeinde Enns wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Betriebsklima in der Gemeindeverwaltung befragt. Insgesamt wurden 40 Fragebögen ausgegeben, wovon 39 an den Landesrechnungshof Oberösterreich retourniert wurden. Der Betriebsklimafragebogen umfasste insgesamt 86 Fragen, die sich auf sieben verschiedene inhaltliche Bereiche aufteilen:

- Kollegenbeziehungen
- Vorgesetztenverhalten
- Organisation
- Information
- Mitsprache
- Interessenvertretung
- betriebliche Leistungen

Die sieben inhaltlich unterschiedlichen Bereiche ergeben ein Bild über die Mitarbeiterzufriedenheit zum Zeitpunkt der Befragung.

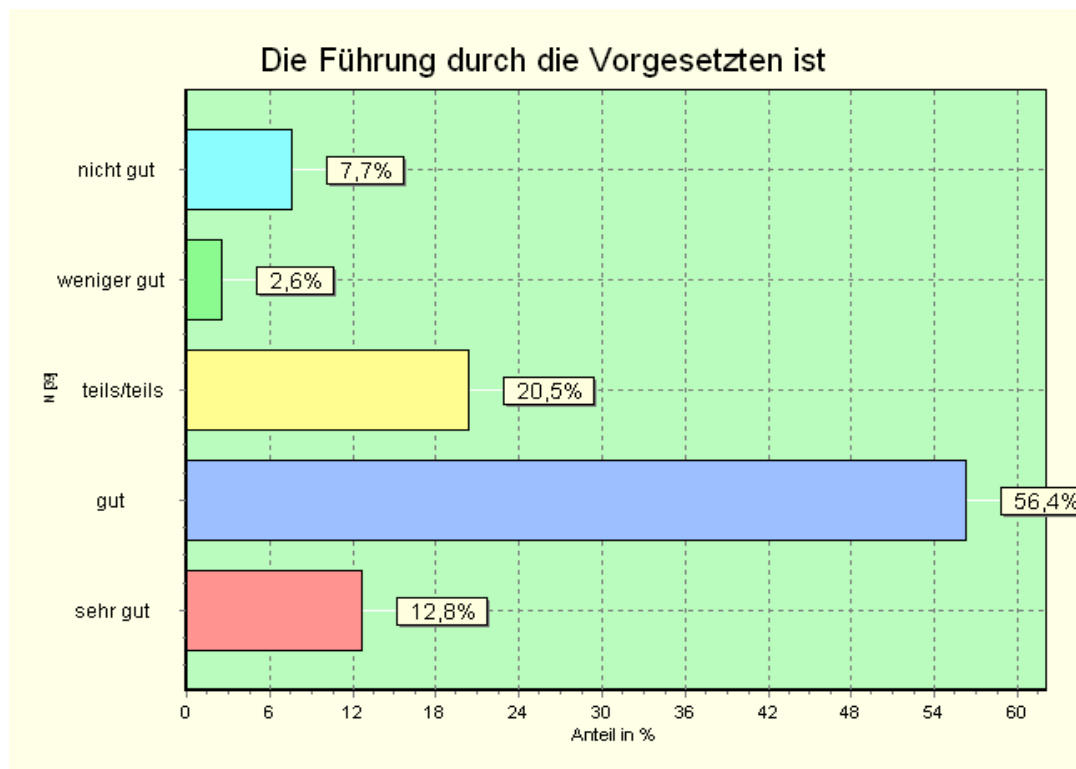
In der Folge werden die ausgewerteten Ergebnisse, der inhaltlich unterschiedlichen Bereiche grafisch dargestellt, die jeweils auf einen Gesamteindruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schließen lassen. Die wesentlichen Schlussfolgerungen daraus sind dem Gutachten zu entnehmen.

### Kollegenbeziehungen



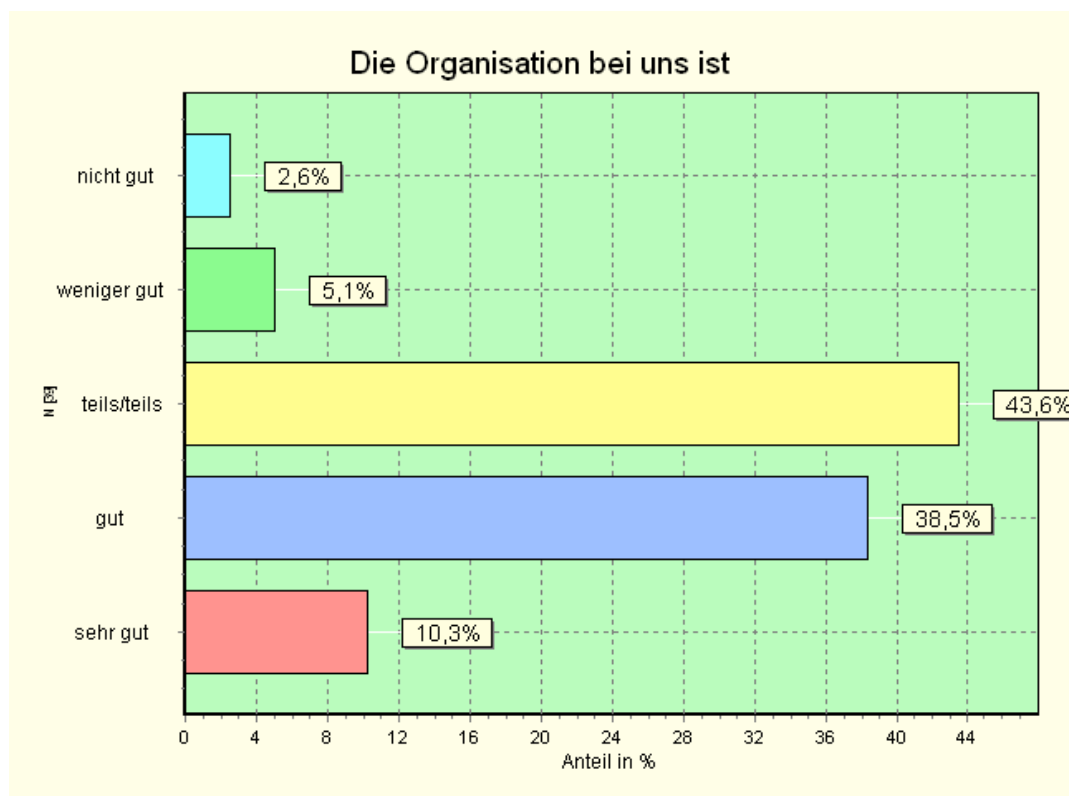
Die Beziehungen, die zwischen den Kollegen in einem Betrieb bestehen, sind ein ganz wesentlicher Bestandteil des Betriebsklimas. Sie zu gestalten, menschlich erfreulich zu machen, ist zu einem großen Teil Aufgabe der Mitarbeiter selbst; es hängt mit ihrer Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft, mit ihrer menschlichen Reife zusammen.

## Vorgesetztenverhalten



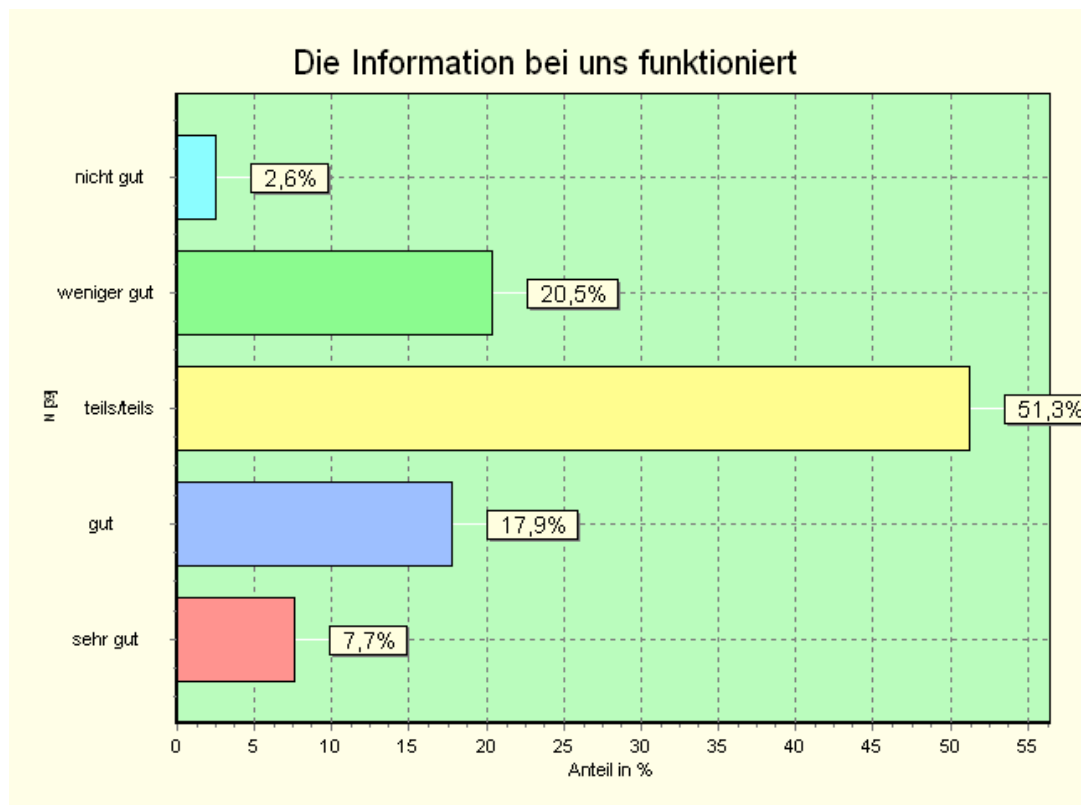
Das Betriebsklima wird maßgebend durch die Vorgesetzten gestaltet. Hier liegen auch die größten Erfolgsfaktoren im Hinblick auf die für eine moderne Verwaltung erforderliche Kultur.

## Organisation

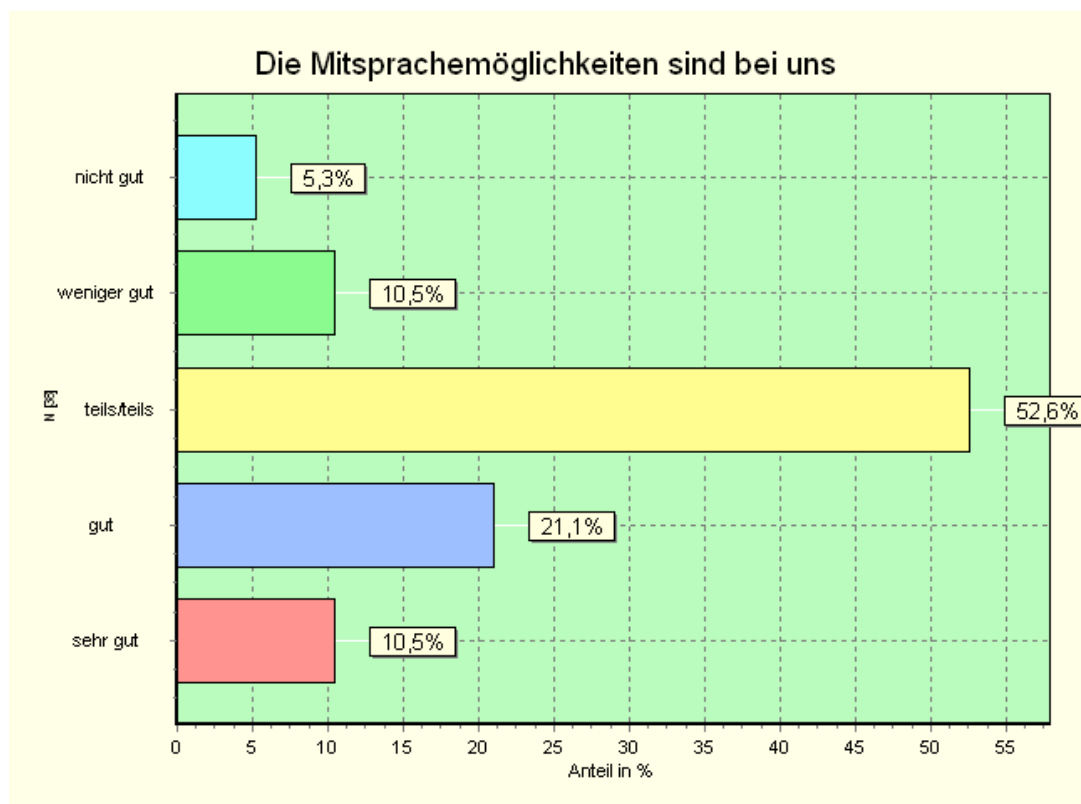


Eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation ist die Basis, auf der sich ein gesundes Betriebsklima erst entwickeln kann.

## Information

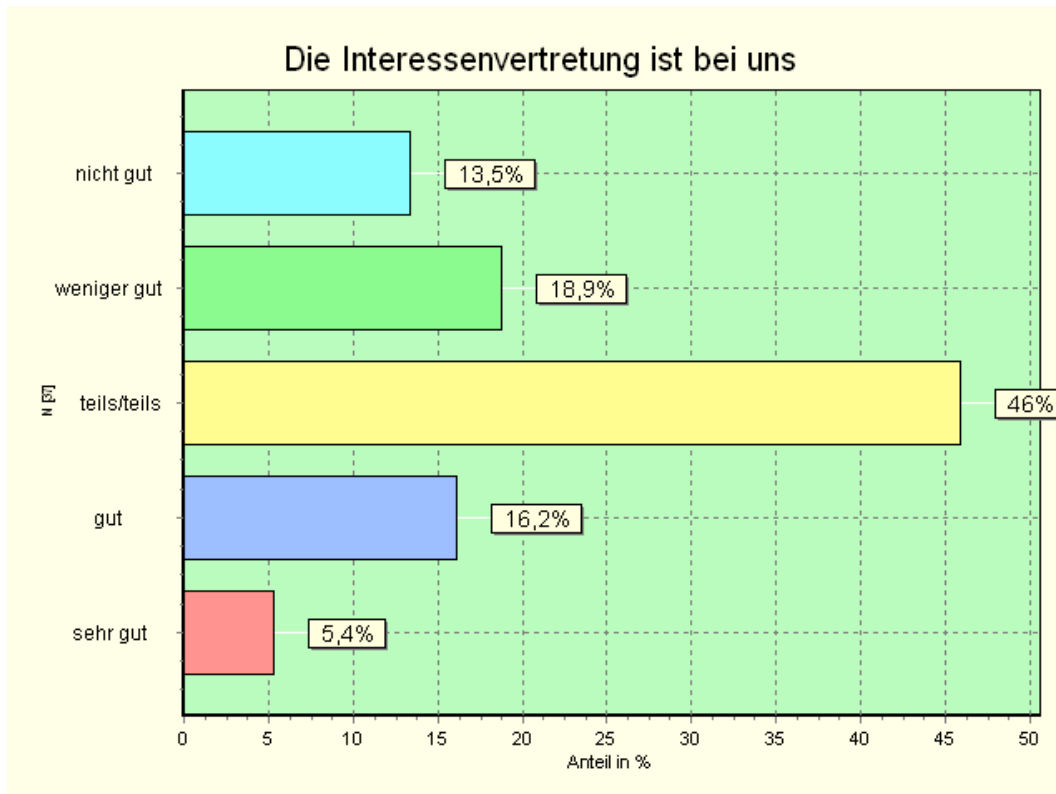


## Mitsprache



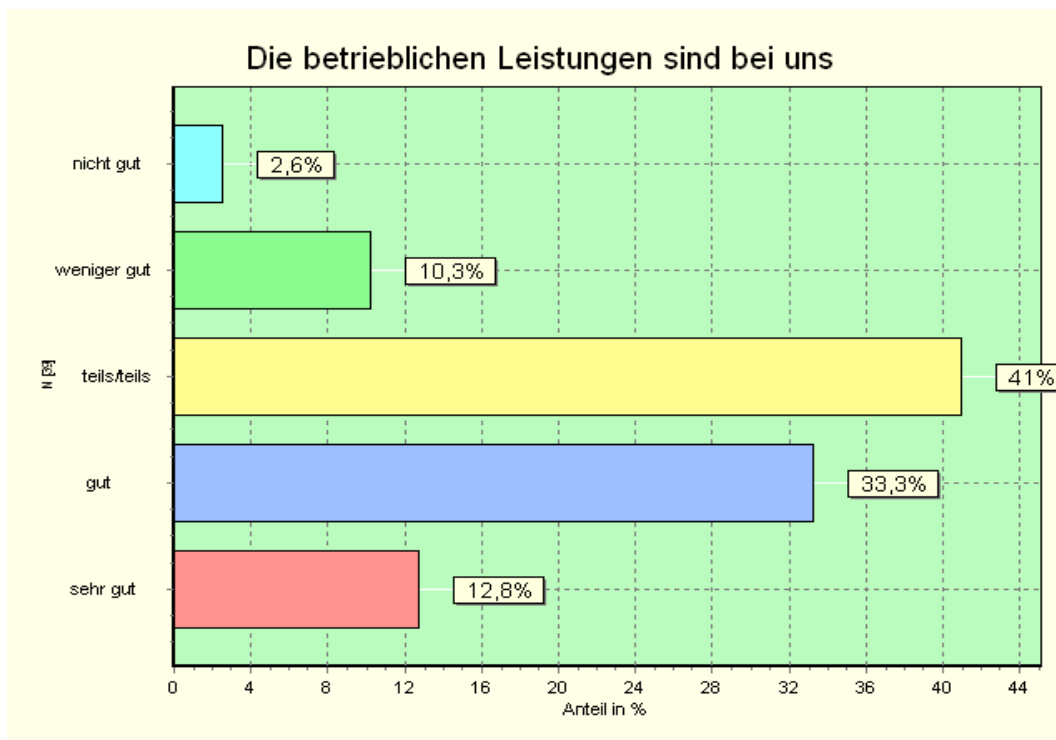
Die optimale Information der Mitarbeiter und ihre Möglichkeit zur Mitsprache im Betrieb sind Herausforderungen, der sich öffentliche Verwaltungen verstärkt stellen sollten. Eine transparente Informationspolitik sowie eine vertrauensvolle Kommunikation sind tragfähige Pfeiler einer gesunden Verwaltungskultur.

## Interessenvertretung



Es besteht kein Zweifel daran, dass die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Personalvertretung dem Betriebsklima nützlich ist. Sie garantiert, dass die Interessen der Organisation und der Mitarbeiter in Übereinstimmung oder zu einem tragfähigen Kompromiss gebracht werden.

## Betriebliche Leistungen



Die innerbetrieblichen Leistungen fördern die positive Arbeitsatmosphäre und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur qualitätsvollen Leistungserbringung. Mitarbeiter einer Verwaltung sind nur dann im Stande motiviert zusammenzuarbeiten, wenn ihre Leistungen honoriert werden.

### Rechnungsquerschnitt 2005 bis 2008

Teil 1		Laufende Gebarung					
KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	NVA 2008	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.				06/07	
		in 1000 Euro				in %	
<b>Einnahmen der laufenden Gebarung</b>							
10	Eigene Steuern	5.095,5	5.298,9	6.479,8	6.393,4	1.180,9	22,3%
11	Ertragsanteile	6.722,4	6.877,2	7.416,2	8.326,2	539,0	7,8%
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	3.737,2	3.787,7	3.932,6	4.051,6	144,9	3,8%
13	Einnahmen aus Leistungen	1.192,1	1.242,9	1.177,5	1.249,0	-65,4	-5,3%
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	499,0	594,0	637,1	644,0	43,1	7,3%
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	898,2	990,6	915,7	565,2	-74,9	-7,6%
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	372,5	200,7	182,8	178,0	-17,9	-8,9%
17	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	80,3	775,9	373,2	1.197,6	-402,7	-51,9%
18	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	2.241,8	2.478,7	2.041,3	2.120,4	-437,4	-17,6%
<b>19</b>	<b>Summe 1 (laufende Einnahmen)</b>	<b>20.838,9</b>	<b>22.246,5</b>	<b>23.156,2</b>	<b>24.725,4</b>	<b>909,7</b>	<b>4,1%</b>
<b>Ausgaben der laufenden Gebarung</b>							
20	Leistungen für Personal	4.915,0	4.780,0	5.002,5	5.470,7	222,5	4,7%
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
22	Bezüge der gewählten Organe	223,4	225,3	230,5	237,1	5,2	2,3%
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	799,4	916,2	800,8	782,5	-115,4	-12,6%
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	5.855,6	6.592,5	6.216,3	6.653,2	-376,2	-5,7%
25	Zinsen für Finanzschulden	209,5	221,6	257,4	304,5	35,8	16,2%
26	Laufende Transferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	5.486,2	6.163,4	6.345,9	6.695,3	182,5	3,0%
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	933,9	740,5	815,2	961,5	74,7	10,1%
28	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	80,3	775,9	373,2	1.197,6	-402,7	-51,9%
<b>29</b>	<b>Summe 2 (laufende Ausgaben)</b>	<b>18.503,2</b>	<b>20.415,3</b>	<b>20.041,8</b>	<b>22.302,4</b>	<b>-373,5</b>	<b>-1,8%</b>
<b>91</b>	<b>Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung</b>	<b>2.335,8</b>	<b>1.831,2</b>	<b>3.114,4</b>	<b>2.423,0</b>	<b>1.283,2</b>	<b>70,1%</b>
<b>Teil 2</b>		<b>Vermögensgebarung</b>					
KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	NVA 2008	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.				06/07	
		in 1000 Euro				in %	
<b>Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>							
30,31,32	Veräußerung von Vermögen	961,3	261,7	53,5	22,3	-208,2	-79,6%
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	1.406,8	1.406,9	587,2	322,2	-819,7	-58,3%
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	51,0	1.404,9	587,8	1,0	-817,1	-58,2%
<b>39</b>	<b>Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>2.419,1</b>	<b>1.666,6</b>	<b>641,3</b>	<b>391,6</b>	<b>-1.025,3</b>	<b>-61,5%</b>
<b>Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>							
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	2.405,6	2.316,8	3.581,7	5.240,4	1.264,9	54,6%
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	324,4	303,6	153,9	455,0	-149,7	-49,3%
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	11,4	1,8	15,1	10,6	13,3	738,9%
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	17,8	106,3	28,5	0,0	-77,8	-73,2%
44	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	189,7	1.215,9	587,3	149,9	-628,6	-51,7%
<b>49</b>	<b>Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>2.948,9</b>	<b>3.944,4</b>	<b>4.366,4</b>	<b>5.855,9</b>	<b>422,0</b>	<b>10,7%</b>
<b>92</b>	<b>Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>-529,9</b>	<b>-2.277,8</b>	<b>-3.725,1</b>	<b>-5.464,3</b>	<b>-1.447,3</b>	<b>-63,5%</b>
<b>Saldo 1 + Saldo 2</b>		<b>1.805,9</b>	<b>-446,6</b>	<b>-610,7</b>	<b>-3.041,3</b>	<b>-164,1</b>	<b>-36,7%</b>



### Rechnungsquerschnitt 2005 bis 2008

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	NVA 2008	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.				06/07	
		in 1000 Euro				in %	
<b>Einnahmen aus Finanztransaktionen</b>							
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	8,6	0,0	8,6	k.A.
51	Entnahmen aus Rücklagen	2.142,6	1.826,8	3.064,3	4.465,6	1.237,5	67,7%
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	43,6	44,5	56,0	63,6	11,5	25,8%
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	40,0	23,6	5,8	-16,4	-41,0%
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	0,0	452,3	586,7	404,6	134,4	29,7%
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
<b>59</b>	<b>Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen</b>	<b>2.186,2</b>	<b>2.363,6</b>	<b>3.730,6</b>	<b>4.948,2</b>	<b>1.367,0</b>	<b>57,8%</b>
<b>Ausgaben aus Finanztransaktionen</b>							
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	3,5	0,0	14,7	17,5	14,7	k.A.
61	Zuführung an Rücklagen	3.288,8	1.250,9	2.417,2	1.256,1	1.166,3	93,2%
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	16,0	23,0	22,0	22,0	-1,0	-4,3%
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	0,9	0,9	0,9	0,7	0,0	0,0%
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	633,0	642,1	665,1	610,6	23,0	3,6%
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
<b>69</b>	<b>Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen</b>	<b>3.942,1</b>	<b>1.916,9</b>	<b>3.119,9</b>	<b>1.906,9</b>	<b>1.203,0</b>	<b>62,8%</b>
<b>93</b>	<b>Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen</b>	<b>-1.755,9</b>	<b>446,6</b>	<b>610,7</b>	<b>3.041,3</b>	<b>164,1</b>	<b>36,7%</b>
<b>94</b>	<b>Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. H.</b>	<b>50,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0%</b>

Übersicht Gesamthaushalt		2005	2006	2007	NVA 2008
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i>	25.444,2	26.276,6	27.528,1	30.065,2
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	277,2	317,7	0,0	0,0
82	Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>79</b>	<b>Summe 7 (Gesamteinnahmen)</b>	<b>25.721,4</b>	<b>26.594,3</b>	<b>27.528,1</b>	<b>30.065,2</b>
84	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i>	25.394,2	26.276,6	27.528,1	30.065,2
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	277,2	317,7	0,0	0,0
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
87	Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>89</b>	<b>Summe 8 (Gesamtausgaben)</b>	<b>25.671,4</b>	<b>26.594,3</b>	<b>27.528,1</b>	<b>30.065,2</b>
<b>99</b>	<b>Administratives Jahresergebnis</b> <i>Summe 7 minus Summe 8</i>	<b>50,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

## AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über das Gutachten betreffend die  
Stadtgemeinde Enns

Aktenzahl: LRH-210066/4-2009-Bi

Ort und Datum: Oö. Landesrechnungshof, Promenade 31, am 9. März 2009

Teilnehmerinnen und  
Teilnehmer: Bürgermeister Franz Stefan Karlinger  
Stadtamtsdirektor Mag. Gerhard Gstöttenbauer  
Baudirektor DI Werner Gurtner  
Alexander Kürner  
Annemarie Königsecker

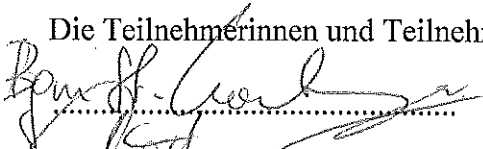
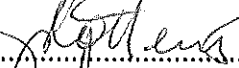

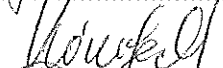
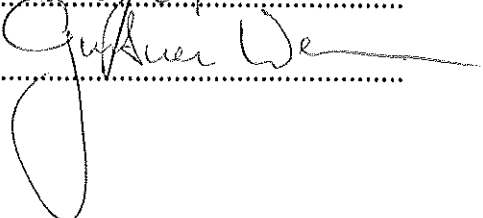
Mitglieder des LRH: Direktor Dr. Helmut Brückner  
Martin Mühlbachler MBA  
Binder Josef  
Hubert Eschlböck  
Viktor Lang

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis des Gutachtens in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

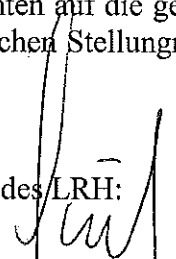

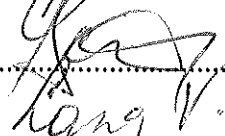

Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

  
.....  
  
.....  
  
.....  
  
.....  
  
.....

Mitglieder des LRH:

  
.....  
  
.....  
  
.....  
  
.....